



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1957

Samstag, den 9. November 1957

Nr. 45

INHALT

Seite

Der Hessische Ministerpräsident	
Ungültige Unterbringungsscheine	1113
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 9. 10. bis 26. 10. 1957	1113
Der Hessische Minister des Innern	
Auflösung der Wirtschaftsverwaltung der Hessischen Landeskriminalpolizei	1114
Genehmigung einer Flagge der Stadt Seligenstadt im Landkreis Offenbach	1114
Änderung der Benennung von Teilen der Gemeinde Froschhausen im Landkreis Offenbach	1114
Einführung einheitlicher technischer Baubestimmungen; hier: Normblatt DIN 4240 — Ausgabe September 1954 — Kugelschlagprüfung von Beton mit dichtem Gefüge, Richtlinien für die Anwendung	1114
Ergänzung der Vorschriften über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken	1114
Der Hessische Minister der Finanzen	
Versteuerung der im Kalenderjahr 1957 geleisteten Vorschüsse auf die nach dem Hessischen Besoldungsgesetz zu erwartenden Gehaltserhöhungen	1115
Ausbildungsbeihilfen für Fachschüler, die als Anwärter des mittleren Dienstes (Inspektorguppe) übernommen werden sollen	1116
Vorschriften über Fernsprechanlagenanschlüsse	1116
Vorschauweise Zahlung d. verbesserten Wohnungsgeldzuschusses (Ortszuschlag) an Tarifangestellte	1116
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung	
138. Bewertungssitzung der Filmbewertungsstelle Wiesbaden am 30. 9., 1. und 2. 10. 1957	1116
Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr	
Festsetzungsbeschluss der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die in den Land- und Forstwirtschaftsbetrieben des Landes Hessen beschäftigten Arbeitnehmer	1117
Erstattung der Anzeigen der Arbeitgeber nach dem Schwerbeschäftigtengesetz	1118

Seite

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten	
Umbenennung der Revierförsterei Bergheim im Forstamt Konradsdorf in Revierförsterei Usenborn	1118
Beschleunigte Zusammenlegung Burgholzhausen, Krs. Friedberg	1118
Flurbereinigung Urberach, Krs. Dieburg	1119
Flurbereinigung Eschbach, Krs. Usingen	1119
Flurbereinigung Wernborn, Krs. Usingen	1120
Richtlinien für die ländliche Siedlung und für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur durch Aussiedlung und Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe	1120
Personalnachrichten	
B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei —	1121
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1121
D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	1121
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung	1122
G. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr	1125
Regierungspräsidenten	
DARMSTADT	
Festsetzung des Ortslohnes	1125
Auflösung der „Strecker-Stiftung“ in Offenbach a. M.	1125
WIESBADEN	
Erlöschen der Bestellung als Sachverständiger	1125
Auflösung des Viehversicherungsvereins a. G. Frickhofen, Kreis Limburg	1126
Auflösung des Viehversicherungsvereins 1911, Wallau, Krs. Main-Taunus	1126
Verlust von Vertriebenen ausweisen	1126
Enteignungsverfahren zugunsten des Trägers der Straßenbaulast der Bundesfernstraßen — Bundesrepublik Deutschland — Bundesstraßenverwaltung — zur Entziehung von Grundeigentum in der Gemarkung Wiesbaden-Erbenheim für den Bau der zweiten Fahrbahn der Bundesstraße 54 zwischen Wiesbaden-Erbenheim und Schützenhaus (km 8,0+00 und 9,7+00)	1126
Buchbesprechungen	1126
Öffentlicher Anzeiger	1128

1112

Der Hessische Ministerpräsident

Ungültige Unterbringungsscheine

Der Unterbringungsschein des nachstehend aufgeführten bisherigen Unterbringungsteilnehmers ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt:

Otto Pfitzner, geb. am 14. Juni 1894, Dauerangestellter z. Wv.

Unterbringungsschein 16 — II Nr. P/0024, vom 6. 5. 1953

Wiesbaden, 25. 10. 1957

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
II/2 — LS 1741

St.Anz. 45/1957 S. 1113

1113

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 9. 10. — 26. 10. 1957

„Staat und Wirtschaft in Hessen“

Sonderdruck aus dem Septemberheft 1957

Preis
DM

Wahlergebnisse, Parteien und Wähler bei der Wahl zum dritten Bundestag in Hessen am 15. September 1957

1,—

„Statistische Berichte“

Die Wohnbevölkerung der hessischen Gemeinden am 25. 9. und 31. 12. 1956

1,50

Die Krankenanstalten in Hessen am 31. Dezember 1956 — kreisweise —

1,—

Preis
DM

Stand der Reben in Hessen Ende September 1957

—,25

Wachstum und Ernte der Feldfrüchte Ende August 1957

—,50

Erntevorschätzungen für Äpfel, Birnen und Walnüsse

Anfang September 1957 und

Endgültige Ernteschätzung für Pflaumen und Zwetschen 1957

—,25

Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen

im September 1957

—,50

Baufertigstellungen im August 1957

—,25

Umsatzentwicklung des Einzelhandels in Hessen im

September 1957 — Schnellbericht —

—,25

Die Ausfuhr Hessens im August 1957

—,75

Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden

im August 1957

—,75

Beherbergungskapazität in den Berichtsgemeinden zur

Fremdenverkehrsstatistik am 1. April 1957

—,75

Die öffentliche Fürsorge in Hessen im 1. Rechnungs-

vierteljahr 1957

—,75

Landes- u. Bundessteuern in Hessen im Sept. 1957

—,25

Der Preisindex für den Wohnungsbau in Hessen

im August 1957

—,25

Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen

im August 1957

—,75

Einzelhandelspreise in Hessen im September 1957

—,75

Wiesbaden, 28. 10. 1957

Hessisches Statistisches Landesamt
St.Anz. 45/1957 S. 1113

1114**Auflösung der Wirtschaftsverwaltung der Hessischen Landeskriminalpolizei**

Bezug: Runderlaß vom 29. Juni 1955 — IIIa (1), Az.: 21 b 02—07 (StAnz. S. 742) — i. d. F. vom 6. April 1957 (StAnz. S. 362)

Die Wirtschaftsverwaltung der Hessischen Landeskriminalpolizei wird zum 1. Dezember 1957 aufgelöst. Von diesem Zeitpunkt an obliegt die wirtschaftliche Betreuung der Hessischen Landeskriminalpolizei unmittelbar dem Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei (WVA). Die Bediensteten der Wirtschaftsverwaltung treten mit dem Tage der Auflösung der Dienststelle zum WVA zurück.

Wiesbaden, 25. 10. 1957

Der Hessische Minister des Innern
IIIa (1), Az.: 21 b 02—07

St.Anz. 45/1957 S. 1114

1115**Genehmigung einer Flagge der Stadt Seligenstadt im Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt**

Der Stadt Seligenstadt im Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

Flaggenbeschreibung:

„Auf breiter weißer Mittelbahn, beseitet von zwei schmälere roten Bahnen, das Gemeindewappen.“

Wiesbaden, 23. 10. 1957

Der Hessische Minister des Innern
IV b (2) — 3 k 06 — 13/57

St.Anz. 45/1957 S. 1114

1116**Änderung der Benennung von Teilen der Gemeinde Froschhausen im Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt**

Die Hessische Landesregierung hat am 4. Oktober 1957 beschlossen:

„Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1957 in der Gemeinde Froschhausen der Wohnplatz „Spechtsloch“ eingerichtet und neu benannt.“

Wiesbaden, 30. 10. 1957

Der Hessische Minister des Innern
IV b (2) — 3 k 08 — 6/57

St.Anz. 45/1957 S. 1114

1117

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt (Main)

Einführung einheitlicher technischer Baubestimmungen

hier: Normblatt DIN 4240 — Ausgabe September 1954 — Kugelschlagprüfung von Beton mit dichtem Gefüge, Richtlinien für die Anwendung

Unter der Obmannschaft von Herrn Prof. Dr. Ing. Gaede, Hannover, und Mitwirkung aller beteiligten Kreise ist das Normblatt DIN 4240 — Kugelschlagprüfung von Beton mit dichtem Gefüge, Richtlinien für die Anwendung — entstanden.

Mit der Kugelschlagprüfung kann die Betondruckfestigkeit im Bauwerk mit ausreichender Genauigkeit festgestellt und vor allem ihre Gleichmäßigkeit an verschiedenen Stellen nachgeprüft werden.

Der in DIN 1045 § 6 geforderte Nachweis der Betondruckfestigkeit an Probewürfeln wird dadurch aber nicht entbehrlich.

Die Kugelschlagprüfung eignet sich namentlich auch in den Fällen zur Feststellung der Druckfestigkeit des Betons, in denen keine Probewürfel zur Verfügung stehen, z. B. namentlich bei Änderung und Ergänzung älterer Bauwerke. Für die Beurteilung der Druckfestigkeit von Beton, der wesentlich jünger oder älter als 28 Tage ist, muß aber Abschn. 2.5 des Normblattes 4240 beachtet werden.

Das Verfahren nach DIN 4240 eignet sich nur für Beton mit geschlossenem Gefüge, nicht aber für Beton mit porigem Gefüge, z. B. Ziegelsplittbeton, Gas- und Schaumbeton. Hierfür werden zurzeit besondere Verfahren vorbereitet.

Für Betonfestigkeiten über rd. 500 kg/cm² ergibt die Kugelschlagprüfung erfahrungsgemäß stark streuende Werte und ist daher für diese Festigkeitsbereiche als wenig geeignet anzusehen.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden auf das Normblatt DIN 4240 — Ausgabe September 1954 — Kugelschlagprüfung von Beton mit dichtem Gefüge, Richtlinien für die Anwendung — hinzuweisen, da die Kenntnis dieses Normblattes geeignet ist, die Überprüfung der Betondruckfestigkeit im Bauwerk zu erleichtern.

Das Normblatt kann beim Beuth-Vertrieb, Berlin W 15, Uhlandstraße 175 und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus) bezogen werden.

Wiesbaden, 10. 11. 1954

Der Hessische Minister des Innern
Va. - 61 f 40 (16) - Tgb.Nr. 12583/54
St.Anz. 45/1957 S. 1114

1118**Ergänzung der Vorschriften über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken**

Die Bekanntmachung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt, betreffend die Abgabe stark wirkender Arzneimittel sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken, vom 31. 3. 1931 (Min. Bl. Volkswohlfahrt S. 897) und die

Bekanntmachung des Hessischen Ministers des Innern, die Abgabe stark wirkender Arzneimittel sowie die Beschaffenheit und die Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken betreffend, vom 4. 4. 1931 (Reg.Bl. 1931 S. 33) werden wie folgt geändert:

In dem den Bekanntmachungen angeschlossenen Verzeichnis werden entsprechend der Buchstabenfolge eingefügt:

1. Adrenocorticotropes Hypophysenvorderlappenhormon (ACTH; z. B. Acethropan, Cibachthen, Cortrophine, Depot-Acethropan)
2. Cortisone
1-Dehydro-11-dehydro-17-oxy-corticosteron und seine Ester (Dehydrocortison, Prednison; z. B. Decortin, Di-Adreson, Hostacortin, Ultracorten)
1-Dehydro-17-oxy-corticosteron und seine Ester (Dehydrohydrocortison, Prednisolon; z. B. Codelcortone, Decortin H, Deltacortril, Hostacortin H, Solu-Decortin H)
11-Dehydro-17-oxy-corticosteron und seine Ester (Cortison, Compound E; z. B. Adreson, Cortone, Incortin, Scheroson)
9-Fluor-17-oxy-corticosteron und seine Ester (Fluorhydrocortison; z. B. Fludrocortone, Scherofluron)
17-Oxy-corticosteron und seine Ester (Hydrocortison, Compound F; z. B. Ficortril, Hydro-Adreson, Hydrocortone, Incortin H, Scheroson F)
3. 2-Methyl-2-n-propyl-1, 3-propandioldicarbamat (Mepobromat; z. B. Aneuril, Cirpon, Miltaun, Restenil)
4. N-Methyl — d — phenylsuccinimid (z. B. Milontin)
5. Pyrazinylkarbonsäureamid und seine Salze (z. B. Eprazin).

Wiesbaden, 24. 10. 1957

Der Hessische Minister des Innern
Öffentliches Gesundheitswesen
Az.: VII A/1 — 18 h 02 09
Tgb. Nr. 5717/57

St.Anz. 45/1957 S. 1114

1119**Der Hessische Minister der Finanzen****Versteuerung der im Kalenderjahr 1957 geleisteten Vorschüsse auf die nach dem Hessischen Besoldungsgesetz zu erwartenden Gehaltserhöhungen**

Bezug: Meine Erlasse vom 27. 6. und 5. 9. 1957 — P 1500 A — 201 — I 42 (St.Anz. S. 661 und 937)

Nach Abschnitt C der Bezugserlasse war u. a. vorgesehen, die Vorschüsse auf die nach der Besoldungsneuregelung zu erwartenden Gehaltserhöhungen nach der Verkündung des Hessischen Besoldungsgesetzes zu verrechnen und zu versteuern. Das Hessische Besoldungsgesetz wird jedoch voraussichtlich nicht so rechtzeitig verabschiedet werden, daß noch vor Ablauf dieses Kalenderjahres die den Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern zustehenden Bezüge verrechnet und die im Kalenderjahr 1957 geleisteten Vorschüsse versteuert werden können. Im Gegensatz zur Verrechnung kann die Versteuerung der Vorschüsse aus steuerrechtlichen Gründen nicht länger hinausgeschoben werden (Hinweis auf § 11 Abs. 1 EStG). Die Versteuerung muß bis zum 31. 12. 1957 abgeschlossen sein.

Um zu vermeiden, daß den Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern im Dezember 1957 infolge der Versteuerung der im Juli, Oktober, November und Dezember 1957 gezahlten Vorschüsse geringere Netto-bezüge zufließen als im November 1957, ist die Lohnsteuer und die Kirchensteuer, die auf die Vorschüsse entfällt, nicht von den Dezember-Bezügen einzubehalten. Vielmehr wird zur Tilgung dieses Teils der Lohnsteuer den Betroffenen ein Darlehen gewährt, das neben den bisher geleisteten Vorschüssen auf die entgültigen Zahlungen nach der Besoldungsneuregelung angerechnet wird.

Die Summen der als Darlehen gewährten Beträge sind auf Grund der Auszahlungsnachweisungen usw. bei den Vorschüssen in einem besonderen Buchungsabschnitt als Auszahlung nachzuweisen.

Den für die Zahlung der Dienstbezüge zuständigen Kassen ist allgemeine Auszahlungsanordnung nach den Vollzugsbestimmungen zur RRO § 68 Abs. 1 Buchstabe c erteilt. Im einzelnen ist wie folgt zu verfahren:

1. Steuerliche Behandlung

Die Lohnsteuer für die nach Maßgabe der Bezugserlasse im Juli und Oktober geleisteten und im November und Dezember 1957 noch zu leistenden Vorschüsse ist grundsätzlich nach Abschnitt 52 Abs. 1 LStR zu berechnen. Der Gesamtvorschuß kann statt dessen auf ein volles Jahr aufgeteilt und die Lohnsteuer nach Abschnitt 52 Abs. 3 LStR berechnet werden. Da hierbei Bezüge für 9 Monate (April bis Dezember) auf 12 Monate verteilt werden, dürfte dieses Verfahren in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle günstiger sein als eine Steuerberechnung nach Abschnitt 52 Abs. 1 LStR. Ich bin deshalb damit einverstanden, daß die Nachversteuerung mit Ausnahme der in den Ziffern 4b und 5b genannten Fälle allgemein an Hand der Lohnsteuer-Jahrestabelle für das Kalenderjahr 1957 vorgenommen wird. Sie kann auch mit dem Lohnsteuer-Jahresausgleich 1957, soweit dafür der Arbeitgeber zuständig ist (vgl. § 3 Abs. 1 JAV vom 6. 1. 1956 — BStBl. I S. 14), verbunden werden. Die Lohnsteuer-Jahrestabellen 1957 werden in Kürze im Handel erscheinen.

2. Berechnung und Buchung

Zunächst ist die Lohnsteuer zusammenzurechnen, die von den laufenden Bezügen des Kalenderjahres 1957 (einschl. Dezember) einbehalten ist. Mit Ausnahme der unter Ziffern 4b und 5b genannten Fälle ist diesem Betrag die Steuer gegenüberzustellen, die sich nach der Jahres-Lohnsteuertabelle für die Summe aus den laufenden Bezügen und den Vorschüssen ergibt. Der Unterschied zwischen diesen beiden Steuerbeträgen ist die Steuer, die auf die Vorschüsse entfällt. Da dieser Betrag später dem Arbeitnehmer angerechnet wird, ist er als einbehaltene Lohnsteuer zu behandeln. Er ist auf dem Lohnkonto (der Stammkarte) in die Spalte „einbehaltene Lohnsteuer“ in schwarz einzusetzen und gleichzeitig in einer besonderen Spalte des Lohnkontos in rot als Darlehen, das später ausgeglichen wird, darzustellen. Er erscheint somit nicht in der Spalte „Brutto-Dienstbezüge“. Die Auszahlung der laufenden Dezember-Bezüge zuzüglich des nach dem Bezugserlaß vom 5. 9. 1957 für diesen Monat zu zahlenden (Netto-) Vorschusses wird durch dieses Verfahren nicht berührt.

Entsprechendes gilt für die Kirchensteuer. Für die Rotbuchung können Kirchensteuer und Lohnsteuer zusammengefaßt werden.

3. Lohnsteuerbescheinigung

Entsprechend den bei der Aufrechnung der Lohnkonten (Stammkarten) ermittelten Summen sind in die Lohnsteuerbescheinigungen für das Kalenderjahr 1957 (Abschnitt VI der Lohnsteuerkarten) aufzunehmen:

- a) in Spalte 3 Buchstabe a die Summe aller steuerpflichtigen Brutto-Dienstbezüge einschl. der nach den Bezugserlassen gezahlten Vorschüsse;
- b) in Spalte 4 Buchstabe a die Summe der von den gesamten Brutto-Dienstbezügen einbehaltenen Lohnsteuer einschl. der nach Ziffer 2 errechneten und im Lohnkonto unter „einbehaltene Lohnsteuer“ gebuchten Steuer, die auf die Vorschüsse entfällt;
- c) in Spalte 5 die den Eintragungen in Spalte 4a und dem Religionsbekenntnis des Arbeitnehmers entsprechende Kirchensteuer. Auf die richtige Bezeichnung des auf die einzelnen Kirchen entfallenden Anteils bei konfessionsverschiedenen Ehen bitte ich besonders zu achten.

Entsprechendes gilt für die Ausschreibung von Lohnzetteln und Lohnsteuer-Überweisungsblättern.

4. Sonderfälle**a) Wechsel der auszahlenden Kasse**

Ist für die Auszahlung der laufenden Bezüge seit April 1957 eine andere Kasse zuständig geworden (z. B. infolge Versetzung an eine andere hessische Staatsbehörde, Versetzung in den Ruhestand), so sind die Vorschüsse von der bisher zuständigen Kasse der neu zuständigen Kasse mitzuteilen. Darüber ist ein Vermerk in die Stammkarte aufzunehmen. Die für die Zahlung der laufenden Bezüge für Dezember 1957 zuständige Kasse vermerkt die ihr von der bisher zuständigen Kasse mitgeteilten Vorschüsse ebenfalls auf der Stammkarte, berechnet und bucht die auf die Gesamtvorschüsse entfallende Steuer nach Maßgabe der Ziffer 2 und stellt die Lohnsteuerbescheinigung auf der bei ihr vorliegenden Lohnsteuerkarte nach Ziffer 3 dieses Erlasses aus. Die bisher zuständige Kasse hat keine Steuerberechnung für die Vorschüsse vorzunehmen. Entsprechend ist beim Wechsel der Verbuchungsstelle (Kapitel, Titel) zu verfahren. Diese Anordnung gilt jedoch nur insoweit, als die neu zuständige Kasse der bisher zuständigen Kasse die vor dem Wechsel der Zuständigkeit geleisteten Vorschüsse nicht erstattet hat.

b) Ausscheiden aus dem Dienst

Ist ein Beamter, Richter oder Versorgungsempfänger nach dem 31. 3. 1957 ausgeschieden (z. B. Übertritt vom Staatsdienst in den Gemeindedienst, Übertritt in eine außerhessische Behörde, Austritt aus der Verwaltung, Ausscheiden durch Tod), so sind die bisher geleisteten Netto-Vorschüsse in Bruttobezügen umzurechnen und die danach zu entrichtende Steuer entsprechend den Ziffern 2 und 3 zu behandeln. Zu diesem Zweck ist die Lohnsteuerkarte des Ausgeschiedenen anzufordern. Die Verrechnung des Darlehens erfolgt im Zuge der nach der Besoldungsneuregelung vorzunehmenden endgültigen Berechnung der bis zum Ausscheiden zu zahlenden Bezüge. Evtl. überzahlte Beträge sind dann einzufordern. Ziffer 1 ist zu beachten.

5. Berücksichtigung von Änderungen der Besteuerungsmerkmale

- a) Legt ein Arbeitnehmer eine zu seinen Gunsten mit Wirkung von einem Tage nach dem 31. 10. 1957 berichtigte Lohnsteuerkarte vor (z. B. Eintragung einer weiteren Kinderermäßigung, eines erhöhten Steuerfreibetrages), so sind zunächst die gemäß Ziffer 2 vorzunehmenden Berechnungen durchzuführen. Der Ausgleich findet erst danach statt. Etwaigen Steuererstattungen sind die insgesamt einbehaltenen d. h. einschl. der nach Ziffer 2 berechneten Steuern zugrunde zu legen. Gilt eine günstigere Eintragung auf der Steuerkarte von einem Tage vor dem 1. 11. 1957 an, so ist sie bei den nach Ziffer 2 vorzunehmenden Berechnungen zu berücksichtigen.
- b) zuungunsten des Arbeitnehmers veränderte Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte (z. B. Wegfall einer Kinderer-

mäßigung, eines steuerfreien Betrages, Eintragung einer Hinzurechnung gemäß §§ 14a, 17a LStDV) sind bei den nach Ziff. 2 durchzuführenden Berechnungen zu berücksichtigen. Ziffer 1 ist zu beachten.

Die nach diesem Erlaß berechnete, auf die Vorschüsse entfallende Lohnsteuer und Kirchensteuer ist zusammen mit der für die laufenden Bezüge im Monat Dezember 1957 einbehaltenen Steuer bis zum 10. 1. 1958 an das für die auszahlende Kasse zuständige Betriebsstättenfinanzamt anzumelden und abzuführen.

Wiesbaden, 21. 10. 1957

Der Hessische Minister der Finanzen
S 2228 — 29 — II/24 P 1500 A — 201
— I 42

St.Anz. 45/1957 S. 1115

1120

Ausbildungsbeihilfen für Fachschüler, die als Anwärter des mittleren Dienstes (Inspektorengruppe) übernommen werden sollen.

Bezug: Mein Erlaß vom 19. 12. 1956 — P 1515 A — 39 — I 42 (StAnz. 1957 S. 79)

Hinter Satz 1 des Bezugserlasses wird folgender Satz eingefügt:

„Die Ausbildungsbeihilfen sind nicht zur Deckung des notwendigen Lebensunterhaltes oder der üblichen Ausbildungskosten, sondern zur Bestreitung zusätzlicher Kosten für Bildungszwecke bestimmt.“

Wiesbaden, 23. 10. 1957

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1515 A — 39 — I 42

St.Anz. 45/1957 S. 1116

1121

Vorschriften über Fernsprechdienstanschlüsse

Nach Nr. 3 Abs. 2 der Vorschriften über Fernsprechdienstanschlüsse vom 11. Juni 1956 (StAnz. S. 642) sind an Vermittlungsplätzen in Orten, die an den Selbstwählferrndienst

angeschlossen sind, Gebührenanzeiger anzubringen, um die von den Bediensteten zu erhebenden Gebühren für dringende Privat- oder sonstige erstattungspflichtige Ferngespräche im Selbstwählferrndienst ermitteln zu können.

Es hat sich herausgestellt, daß diese technische Einrichtung nicht an allen Vermittlungsplätzen nötig ist. Bei vielen Fernsprechvermittlungen fallen keine oder nur gelegentlich dringende Privat- oder andere erstattungspflichtige Selbstwählferrngespräche an, am häufigsten bei kleineren und mittleren Anlagen.

Ich bitte im Hinblick auf die verhältnismäßig hohen Einbaukosten und die laufend zu entrichtenden Gebühren die Fernsprechvermittlungen in Orten mit Selbstwählferrndienst nur dann mit Gebührenanzeiger auszustatten, wenn es wirtschaftlich ist. Andernfalls bitte ich, die Dauer der erstattungspflichtigen Ferngespräche nach der Uhr festzustellen und die hiernach zu entrichtenden Gebühren der „Gebührentafel für Gespräche im Orts- und Selbstwählferrndienst“ des amtlichen Fernsprechbuches der Deutschen Bundespost zu entnehmen.

Wiesbaden, 26. 10. 1957

Der Hessische Minister der Finanzen
H 4700 A — 2 — I 44

St.Anz. 45/1957 S. 1116

1122

Vorschauweise Zahlung des verbesserten Wohnungsgeldzuschusses (Ortszuschlag) an Tarifangestellte

Bezug: Mein Erlaß vom 25. 10. 1957 — P 2101 A — 54 — I 41 (St.-Anz. S. 1095)

Der Bezugserlaß ist wie folgt zu berichtigen:

In Nr. 2 ist in Beispiel b) die Zahl „128.— DM“ in „112.— DM“ zu ändern.

Wiesbaden, 1. 11. 1957

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2101 A — 54 — I 41

St.Anz. 45/1957 S. 1116

1123

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

138. Bewertungssitzung der Filmbewertungsstelle Wiesbaden am 30. 9., 1. und 2. 10. 1957

Prüf-Nr.	Filmtitel:	Länge: m	Hersteller:	Herstellungsland:	Verleiher:	Kategorie:	Prädikat:	Gültigkeit des Prädikats bis: von:	Prüf-Nr. d FSK
Spielfilme									
3711	Dr. Laurent — SF — (LE CAS DU DOCTEUR LAURENT)	2680	Cocinor/Cocinex/S.E.D.I.F., Paris	Frankreich	RKO Radio-Filmgesellschaft mbH., Frankfurt/Main	S	W	— 31. 7. 1957	14446
3950	Mausefalle, Die — SF — (PORTE DES LILAS)	2679	Filmsonor, Paris	Frankreich	Schorcht Filmverleih GmbH., München	S	BW	— 27. 8. 1957	15106
3944	Nachts, wenn der Teufel kam	2854	Divina-Film GmbH., München	Deutschland	Gloria-Filmverleih GmbH., München	S	W	— 24. 8. 1957	15261
3967	waren noch Zeiten Das — SF — (THE PILGRIM / PAY DAY / DAY OF PLEASURE / SHOULDER ARMS)	2079	Mutual Pictures/First National Pictures, Hollywood/Calif.	USA	Hermes-Filmverleih GmbH., München	S	W	— 12. 9. 1957	14653
Abendfüllende Jugendfilme									
3941	Abenteuer in der goldenen Bucht — SF — (DOBRODRUZSTVI NA ZLATE ZATOGE)	1800	Tschechoslowakischer Staatsfilm, Prag	Tschechoslowakei	Rheinischer Filmverleih Toni Miesen, Düsseldorf/Hamburg-Film GmbH., Hamburg/Ring-Film-Verleih, München	aJ	W	— 26. 8. 1957	15043

Prüf-Nr.:	Filmtitel:	Länge: m	Hersteller:	Herstellungs- land:	Verleiher:	Kate- gorie	Prä- di- kat	Gültigkeit des Prädikats* von: bis:	Prüf-Nr. d. FSK**:	
Kurzfilme										
3846	Amerika im 19. Jahr- hundert — Maler sehen die Neue Welt — SF — (AMERICAN PAINTERS OF THE 19th CENTURY) — Farbfilm —	267	United States In- formation Agency, Washington	USA	noch offen	K	W	31. 12. 1962	26. 7. 1957	14939
3981	Begegnung mit der kleinen Welt	303	Document- Filmproduktion Dr. v. Oerthel, München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1962	7. 9. 1957	15353
3997	C ₁₂ H ₂₂ O ₁₁ — Auf den Spuren des Lebens — Zeichentrickfilm — Farbfilm —	368	Dr. Fritz Heyden- reich, Heidelberg	Deutschland	noch offen	K	BW	31. 12. 1962	23. 9. 1957	15374
3974	Hongkong — Insel im roten Meer	359	Internationale Fernseh-Agentur GmbH., Frank- furt/Main	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1962	13. 9. 1957	60309
3856	Indizienbeweis	311	Rees-Film, Stuttgart	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1962	5. 8. 1957	15382
3975	Ischango — ein Paradies für wilde Tiere — Farbfilm —	756	Okapia KG. Michael Grzimek & Co., Frankfurt	Deutschland	Constantin-Film- verleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1962	12. 9. 1957	15273
3958	Leuchtfener Kéréon — SF — (LA ROCHE DU FEU)	377	Les Ecrans Modernes, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31. 12. 1962	3. 9. 1957	15317
3973	Nippon wächst an seinen Sorgen	355	Internationale Fernseh-Agentur GmbH., Frank- furt/Main	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1962	13. 9. 1957	15308
3949	Was wird damit?	325	Jura-Film, München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1962	30. 8. 1957	15352

Als Tag der Bewertung gilt der 30. September 1957.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 und 933 Abs. 1 Reichsversicherungsordnung zuständigen Ausschusses bei der Hessischen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung in Frankfurt/M. wird gemäß § 3 Abs. 5 der Ersten Verordnung über Ortslöhne und Jahresarbeitsverdienste in der Sozialversicherung vom 9. 8. 1950 (BGBl. S. 369) veröffentlicht.

** Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, 3. 10. 1957

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

St.Anz. 45/1957 S. 1116

1124

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Festsetzungsbeschuß der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die in den Land- und Forstwirtschaftsbetrieben des Landes Hessen beschäftigten Arbeitnehmer

Hessische Ausführungsbehörde für Unfallversicherung in Frankfurt am Main

Veröffentlichungsvermerk

Der nachstehende Festsetzungsbeschuß des nach §§ 1033 und 933 Abs. 1 Reichsversicherungsordnung zuständigen Ausschusses bei der Hessischen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung in Frankfurt/M. wird gemäß § 3 Abs. 5 der Ersten Verordnung über Ortslöhne und Jahresarbeitsverdienste in der Sozialversicherung vom 9. 8. 1950 (BGBl. S. 369) veröffentlicht.

Wiesbaden, 22. 10. 1957

Der Regierungspräsident

I 14 — 54 i 04.08 — JAV — 205/57

Beschluß vom 7. Oktober 1957 gemäß § 6 des Gesetzes zur vorläufigen Neuordnung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 27. 7. 1957 (BGBl. I. Seite 1071)

I. Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes nach dem tatsächlichen Arbeitsentgelt (§ 940 Abs. 1 RVO)

Für die Versicherten in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Landes ist der Jahresarbeitsverdienst nach den §§ 563, 565, 566 RVO zu berechnen, soweit die Versicherten nicht zu den in Abschnitt II aufgeführten Gruppen von Versicherten gehören.

II. Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes nach Durchschnittssätzen (§ 934 RVO)

Als durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst gilt für die nachstehenden Gruppen von Versicherten jeweils das 300-fache des Ortslohnes des Beschäftigungsortes für Erwachsene:

1. Waldarbeiter (Waldarbeiterinnen), die im Jahr vor dem Unfall weniger als 1200 Tariftstunden erreicht haben.
Ausgenommen sind:
Haumeister, Waldfacharbeiter, Waldarbeitergehilfen, Waldarbeiterlehrlinge, Waldarbeiter, die im Jahre vor dem Unfall überwiegend als Lohnempfänger beschäftigt waren.
2. Unständige Land- und Weinbergarbeiter einschl. der Saisonarbeitskräfte.
Ausgenommen sind:
Winzer, Land- und Weinbergarbeiter, die im Jahre vor dem Unfall überwiegend als Lohnempfänger beschäftigt waren.
3. Sonstige unständige Arbeitskräfte, sowie Personen, die wie ein Versicherter tätig werden, auch wenn dies nur vorübergehend geschieht (§ 537 Nr. 10 RVO)
4. Lernende während der beruflichen Ausbildung in Schulungseinrichtungen (§ 537 Nr. 11 RVO), soweit nicht ein günstigerer Jahresarbeitsverdienst in Betracht kommt.

III. Gemeinsame Bestimmungen

- A. Für die Einordnung in die Gruppen der Abschnitte I und II ist nicht die Arbeit, bei der sich der Arbeitsunfall ereignet hat, maßgebend, sondern das Beschäftigungsverhältnis.

- B. Für die Versicherten der Gruppen II.1—4, die bei einem Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung als Unternehmer (§ 537 Nr. 8 RVO), als mithelfende Familienangehörige oder in hauptberuflicher Tätigkeit als Arbeitnehmer (§ 537 Nr. 1 RVO) versichert sind, gilt der für diese Versicherung maßgebende Jahresarbeitsverdienst an Stelle der für die bezeichneten Gruppen bestimmten Durchschnittssätze, wenn dies für den Versicherten günstiger ist.

IV. Inkrafttreten

Die vorstehenden Bestimmungen gelten für alle Unfälle, die sich in der Zeit vom 1. Januar 1957 an ereignet haben oder ereignen.

Wiesbaden, 7. 10. 1957

Der Vorsitzende des Ausschusses

*

Der vorstehende Beschluß des auf Grund § 1033 RVO in Verbindung mit § 933 Abs. 1 RVO bei der Hessischen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung, Frankfurt am Main, gebildeten Ausschusses zur Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste wird gemäß § 933 Abs. 2 RVO und § 3 Abs. 2 des Bundesversicherungsamtsgesetzes vom 9. Mai 1956 — BGBl. I S. 415 — genehmigt.

Wiesbaden, 19. 10. 1957

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
A II 54 i 4230 — 2290/57

St.Anz. 45/1957 S. 1117

1125

Erstattung der Anzeigen der Arbeitgeber nach dem Schwerbeschäftigtengesetz

Nachstehende Bekanntmachung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 7. 10. 1957 veröffentliche ich hiermit.

Frankfurt a. M., 23. 10. 1957

Landesarbeitsamt Hessen
Der Präsident
I b 1 5373.2

„Gemäß §§ 11 und 12 in Verbindung mit § 37 Absatz 1 Buchstabe b des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 16. Juni 1953 (BGBl. I S. 389) mache ich folgendes bekannt:

Arbeitgeber, die zur Beschäftigung Schwerbeschädigter verpflichtet sind, haben mit Stichtag vom 1. November 1957 dem für sie zuständigen Arbeitsamt die Anzeige gemäß § 11 des Schwerbeschäftigtengesetzes zu erstatten und eine Durchschrift der Anzeige sowie zwei Abschriften des nach § 12 Absatz 5 des Schwerbeschäftigtengesetzes zu führenden Verzeichnisses beizufügen.

Auch Zweig- und Filialbetriebe eines Hauptbetriebes, die über sieben und mehr Arbeitsplätze verfügen, sind grundsätzlich zur selbständigen Anzeigenerstattung an das Arbeitsamt, in dessen Bezirk sie gelegen sind, verpflichtet.

Die Arbeitsämter übersenden den Betrieben die erforderlichen Formblätter. Diese sind innerhalb einer Frist von vier Wochen ausgefüllt zurückzureichen.

Anzeigepflichtige Betriebe, denen bis zum 30. November 1957 die Formblätter nicht zugegangen sind, werden hierdurch aufgefordert, diese bei dem für sie zuständigen Arbeitsamt anzufordern.

Auf die Bestimmungen des § 37 des Schwerbeschäftigtengesetzes wird hingewiesen. Hiernach handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig Anzeigepflichten nach § 11 oder Pflichten nach § 12 Absatz 2 oder Absatz 5 verletzt, vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund des Schwerbeschäftigtengesetzes erlassenen Vorschrift über die Anzeigepflicht (§ 11) oder über die Pflicht zur Führung des Verzeichnisses (§ 12 Absatz 5) zuwiderhandelt, wissentlich eine unrichtige Anzeige nach § 11 erstattet oder eine unrichtige Auskunft nach § 12 Absatz 2 erteilt. Ordnungswidrigkeiten können mit Geldbußen geahndet werden.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Sabel

St.Anz. 45/1957 S. 1118

1126

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Umbenennung der Revierförsterei Bergheim im Forstamt Konradsdorf in Revierförsterei Usenborn.

Aus dienstlichen Gründen ordne ich an, daß die bisherige Revierförsterei Bergheim im Forstamt Konradsdorf in Revierförsterei Usenborn umbenannt wird.

Wiesbaden, 28. 10. 1957

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
III f — 1/2717 — 301.06

St.Anz. 45/1957 S. 1118

1127

Beschleunigte Zusammenlegung Burgholzhausen, Krs. Friedberg

Zusammenlegungsbeschluß

Auf Grund des § 91 in Verbindung mit den §§ 93 (2) und § 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Burgholzhausen, Kreis Friedberg, wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die Gemarkung Burgholzhausen, Kreis Friedberg, mit den in der Anlage aufgeführten Flurstücken festgestellt.

Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe v. 276,8704 ha.

Der ausgeschlossene Teil der Gemarkung ist durch einen orange Streifen gekennzeichnet.

Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Burgholzhausen, Kreis Friedberg“ mit dem Sitz in Burgholzhausen, Kreis Friedberg. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Friedberg, Burg 13, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll, dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsgebiet gehören;

c) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

e) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Burgholzhausen, Kreis Friedberg, und Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht.

Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Anlage 1 und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeisteramt Burgholzhausen, Kreis Friedberg, und Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Friedberg 27. 9. 1957

Kulturamt
Az.: DF 243 Z
St.Anz. 45/1957 S. 1118

DF 243 Z

Anlage zum Zusammenlegungsbeschluß des beschl. Zusammenlegungsverfahrens Burgholzhausen vom 27. September 1957 — G. Nr. 13830/57.

Betr.: Verfahrensgebiet (Ziff. 2); hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der beschl. Zusammenlegung Burgholzhausen, Kreis Friedberg

Flur	Nr.	Fläche ha
1	431—469, 831/1, 833/2 844, 875—876	4,8764
2	121/1—135, 157—164, 205/1—290/1, 305/1—322/1, 324/1—326/1, 347/2—359, 368—371/2	27,8041
4	9	0,8361
5	1/1—115/1, 118/1—120/1, 128/1—145/1, 150/1—153/1, 199/1—204/2, 206/1—213/1, 215/1—232/1, 236/1—240/1	48,0332
6	156/1—156/2, 163/1—352, 383/2—386/1, 402—417	48,1482
7	1—151, 170/1—179, 195—197, 204—228, 235—249, 253—256, 259—262, 264, 266, 270, 273—276	46,4996
8	52/1—220, 235—306, 308—332, 334—337, 339	63,5132
9	1—94, 198—213, 265/1—288, 290—298, 302—304, 309—314	37,1596
Verfahrensfläche		276,8704
Ausgeschlossene Fläche		329,6916
Gemarkungsfläche von Burgholzhausen		606,5620

1128

Flurbereinigung Urberach, Krs. Dieburg

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Urberach, Kreis Dieburg, wird hiermit angeordnet.
2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung einschließlich des Waldes mit Ausnahme der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 1200 ha, worin eine Waldfläche von rd. 470 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Gebietskarte und ein Verzeichnis der zugezogenen Grundstücke (Anlage 1) bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Urberach“

mit dem Sitz in Urberach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 102, Block C, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso

gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Urberach und den Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, Gebietskarte und Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Urberach und den Nachbargemeinden 2 Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 15. 10. 1957

Landeskulturamt
DF 235 — 26096/57
St.Anz. 45/1957 S. 1119

1129

Flurbereinigung Eschbach, Krs. Usingen

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Eschbach, Kreis Usingen, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die Gemarkung einschl. des Waldes und der Ortslage außer den in der Anlage 1) ersichtlichen Flurstücke der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von 1538,8591 ha, worin eine Waldfläche von 713,1187 ha enthalten ist. Anlage 1), und die Gebietskarte, auf der die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht sind, bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Eschbach, Kreis Usingen, mit dem Sitz in Eschbach“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechti-

gen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wetzlar, Philosophenweg 26, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden,
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden; so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und danach in der Gemeinde Eschbach und in den Nachbargemeinden Grävenwiesbach, Hundstadt, Usingen, Wernborn, Michelbach, Maibach und Bodenrod öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte und der Anlage 1) zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Eschbach, Grävenwiesbach, Hundstadt, Usingen, Wernborn, Michelbach, Maibach und Bodenrod zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 22. 10. 1957

Landeskulturamt
WF. 175 — 28898/57
St.Anz. 45/1957 S. 1119

1130

Flurbereinigung Wernborn, Krs. Usingen

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I. S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Wernborn, Kreis Usingen, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die Gemarkung einschließlich des Waldes und der Ortslage außer den in der Anlage 1. ersichtlichen Flurstücken der Ortslage festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht und hat eine Größe von 679 ha, worin eine Waldfläche von 256 ha enthalten ist. Anlage 1. und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung Wernborn, Kreis Usingen, mit dem Sitz in Wernborn“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wetzlar, Philosophenweg 26, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden, d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und danach in der Gemeinde Wernborn und in den Nachbargemeinden Kransberg, Usingen, Eschbach, Kreis Usingen und in der Gemeinde Langenhain—Ziegenberg, Kreis Friedberg öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Gebietskarte und der Anlage 1. zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Wernborn, Kransberg, Usingen, Eschbach, Langenhain-Ziegenberg 2 Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 18. 10. 1957

Landeskulturamt
— WF. 174 G. Nr. 32103/57 —
St.Anz. 45/1957 S. 1120

1131

Richtlinien für die ländliche Siedlung und für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur durch Aus-siedlung und Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe

Die in der Veröffentlichung St.Anz. Nr. 42/1957 S. 1042 im Anschluß an das Inhaltsverzeichnis fehlende Präambel und die Abschnitte

A. Allgemeine Grundsätze

- Maßgebende Bestimmungen
- Siedlungsbehörden

werden wie folgt nachgetragen:

Die Maßnahmen der ländlichen Siedlung und diejenigen zur Verbesserung der Agrarstruktur setzen sich im Rahmen einer neuzeitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zum Ziel, leistungsfähige bäuerliche Familienwirtschaften durch Neusiedlung, Ortsauflockerung (Aussiedlungen) oder Aufstockung zu schaffen, Spezial-, Landarbeiter- und Nebenerwerbsstellen zu begründen und hierdurch den ländlichen Raum zu ordnen. Diese unter Mitwirkung der Siedlungsbehörde durchzuführenden Maßnahmen sollen Familien — hierbei nicht zuletzt Vertriebene — auf dem Lande auf eigenem Grund und Boden sesshaft machen und ihnen eine krisenfeste Existenzgrundlage verschaffen, die entweder in der Landwirtschaft begründet oder mit der Landwirtschaft verbunden ist.

Zur Erreichung dieses Zieles erlasse ich im Einvernehmen mit dem Herrn Hessischen Minister der Finanzen folgende Richtlinien:

A. Allgemeine Grundsätze**I. Maßgebende Bestimmungen**

Für die Durchführung der eingangs aufgeführten Maßnahmen gelten insbesondere folgende gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen:

1. das Reichssiedlungsgesetz (RSG) vom 11. 8. 1919 nebst den Ergänzungs-, Änderungs- und Ausführungsgesetzen,
2. das Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform (GSB) vom 15. 10. 1946 nebst den hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen,
3. das Siedlungsförderungsgesetz (SFG) vom 15. 5. 1953,
4. das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom 19. 5. 1953,
5. das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14. 8. 1952 nebst der Weisung des Bundesausgleichsamtes über Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft in der Fassung vom 3. 7. 1956 und den hierzu erlassenen Anordnungen,

6. die Verwaltungsanordnungen des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten.

II. Siedlungsbehörden

Die Durchführung der ländlichen Siedlung obliegt den Siedlungsbehörden.

Siedlungsbehörden im Sinne dieser Richtlinien sind

1. die Kulturämter als Untere Siedlungsbehörden,
2. das Landeskulturamt als Obere Siedlungsbehörde,
3. der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten als Oberste Siedlungsbehörde.

Wiesbaden, 25. 9. 1957

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

IV — 17.682/57

L.K. 42.00.00

St.Anz. 45/1957 S. 1120

1132

Personalnachrichten

Es sind

B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten

Staatskanzlei

berufen:

Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Ministerialdirektor Dr. Alexander Kaul (22. 10. 57).

Wiesbaden, 23. 10. 1957

**Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei**

III (1) Az. 8 a

St.Anz. 45/1957 S. 1121

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**h) Verwaltungsgericht Kassel**

ernannt:

zur Verwaltungsgerichtsärin: Gerichtsassessorin (BaW) Rut Wittrock (7. 10. 57);

berufen in das Richterverhältnis auf Lebenszeit:

die Verwaltungsgerichtsärin Hans-Joachim Hoyer (24. 7. 57), Richard Reuber (7. 10. 57);

Kassel, 17. 10. 1957

Der Verwaltungsgerichtspräsident

Az.: 3 n 8 b — 36

St.Anz. 45/1957 S. 1121

D. im Bereich des Hess. Ministers der Finanzen

ernannt:

a) Ministerium

zum Oberregierungsrat

Regierungsrat (BaL) Otto Ulrici (1. 7. 1957)

zum Regierungsinspektor (BaK)

Vertragsangestellter Peter Fottner (1. 10. 1957)

d) Staatliche Kassenverwaltung

zum Regierungsoberinspektor

Regierungsinspektor Hermann Paul (1. 10. 1957)

zum Regierungsinspektor

Regierungsobersekretär (BaL) Ernst Ludwig (1. 9. 1957);

Regierungssekretär (BaK) Lambert Bremser (1. 8. 1957);

Regierungssekretär (BaK) Hans Löwer (1. 8. 1957)

zum Regierungsinspektor (BaK)

Vertragsangestellter Wilhelm Kreis (1. 11. 1957), Vertragsangestellter Hans Schmitt (1. 11. 1957)

zum Regierungsobersekretär

Regierungssekretär (BaL) Wilhelm Dehnert (1. 8. 1957);

(BaL) Fritz Fritsch (1. 10. 1957), (BaL) Otto Matthes (1. 10. 1957)

zum Regierungssekretär (BaK)

Vertragsangestellter Walter Auster (1. 8. 1957), Hans Berg

(1. 8. 1957), Hermann Breckheimer (1. 8. 1957), Reinhold

Sachs (1. 8. 1957), Heinz Volz (1. 8. 1957), Dietrich Wagner

(1. 8. 1957), Kurt Wohlrab (1. 8. 1957), Friedrich-Wilhelm

Hamm (1. 11. 1957), Egon Jung (1. 11. 1957)

in den Ruhestand versetzt:

a) Ministerium

Regierungsamtmann Max Kantner (1. 11. 1957)

d) Staatliche Kassenverwaltung

Regierungsoberinspektor Gustav Jaeger (1. 10. 1957)

Regierungsobersekretär Konrad Wickert (1. 11. 1957)

Regierungsamtmann Karl Droßbach (1. 1. 1958)

Regierungsamtmann Robert Parusel (1. 1. 1958)

entlassen auf eigenen Antrag:

d) Staatliche Kassenverwaltung

Regierungsinspektor Karl Renner (11. 10. 1957)

verstorben:

d) Staatliche Kassenverwaltung

Regierungsoberinspektor Jacob Orth (21. 10. 1957)

Wiesbaden, 29. 10. 1957

Der Hessische Minister der Finanzen

P 1400 A — 26 — I/24

St.Anz. 45/1957 S. 1121

e) Hessisches Finanzgericht Kassel

ernannt:

zum FGR

RegR (BaL) Zickendraht Walther (17. 10. 1957)

Kassel, 18. 10. 1957

**Der Präsident
des Hessischen Finanzgerichts
P 1400**

St.Anz. 45/1957 S. 1121

c) Hessisches Landesvermessungsamt Wiesbaden

ernannt:

zum Oberregierungs- und -vermessungsrat

Regierungsvermessungsrat (BaL) Peter Schmitt, Hess. Landesvermessungsamt (1. 9. 1957)

zu Regierungsvermessungsräten (BaK)

die Regierungsvermessungsassessoren (BaW) Walter Wittich, Katasteramt Wolfhagen (1. 4. 1957), Hans Aurich, Katasteramt Offenbach a. M. (1. 7. 1957), Heinrich Herdt, Katasteramt Kassel, Stephan Weide, Katasteramt Wetzlar (1. 8. 1957)

zum Vermessungsamtmann

Vermessungsoberinspektor (BaL) Walter Weiß, Katasteramt Darmstadt (1. 6. 1957)

zu Vermessungsoberinspektoren

die Vermessungsinspektoren (BaL) Hans Vetter, Katasteramt Michelstadt i. O. (1. 5. 1957), Werner Bernau und Wolfgang Kremer, Hess. Landesvermessungsamt, Richard Freier, Katasteramt Wiesbaden, abgeordnet an das Hess. Landesvermessungsamt (1. 10. 1957)

zum Kartographeninspektor

Lithograph (BaL) Max Ullrich, Hess. Landesvermessungsamt (1. 10. 1957)

zu Vermessungsobersekretären

die Vermessungssekretäre (BaL) Heinrich Köhler, Katasteramt Friedberg (Hessen), Wilhelm Hedrich, Katasteramt Alsfeld (1. 7. 1957)

zur Regierungsobersekretärin

Regierungssekretärin (BaL) Ottilie Göntrum, Katasteramt Gießen (1. 7. 1957)

zum Fernsprechgehilfen (BaK)

Büroangestellter Karl Meilinger, Hess. Landesvermessungsamt (1. 4. 1957)

zu ap. Vermessungsinspektoren (BaW)

die Vermessungsinspektoranwärter Julius Mohr, Katasteramt Frankenberg (Eder), Günter Köll, Katasteramt Darmstadt (1. 7. 1957), die behördlich geprüften Vermessungstechniker Rudolf Baier, Katasteramt Biedenkopf (1. 7. 1957), Hans Kersten, Katasteramt Eschwege (2. 7. 1957)

in den Ruhestand versetzt:

Vermessungsoberinspektor Adam Trott, Katasteramt Bad Hersfeld (1. 7. 1957), Oberregierungs- und -vermessungsrat Otto Kuhnert, Hess. Landesvermessungsamt (1. 8. 1957), Vermessungsoberinspektoren Johannes Keil, Katasteramt Fürth und Rudolf Schulz, Katasteramt Bad Homburg v. d. H. (1. 10. 1957), Vermessungsinspektor Heinrich Trümper, Katasteramt Eschwege (1. 11. 1957)

entlassen auf Antrag:

Regierungsvermessungsassessor Karlheinz Jacob, Katasteramt Friedberg (Hessen) (24. 8. 1957)

Wiesbaden, 25. 10. 1957

Hessisches Landesvermessungsamt

— P —

St. Anz. 45/1957 S. 1121

F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung Volksbildung

Volksschulen

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Lehrkräfte Schnell, Margrit, Friedberg (30. 4. 1957), Neidhart, Ernestine, Mörfelden (11. 4. 1957), Graubner, Heinz, Erlenbach/O. (8. 5. 1957), Balzer, Dietrich, Babenhäusen (14. 5. 1957), Geldner, Irmtraut, Bad Vilbel (14. 5. 1957), Knebel, Heinrich, Villingen (23. 5. 1957), Schröder, Karl, Hainstadt (15. 5. 1957), Kißner, Johanna, Zellhausen (15. 5. 1957), Thormann, Wilhelm, Offenbach (1. 6. 1957), Röhm, Karl, Hemmen (28. 5. 1956), Röth, Hans, Großen-Linden (4. 6. 1957), Appel, Walter, Eichelhain (5. 6. 1957), Glück, Siegfried, Offenbach (6. 6. 1957), Ludwig, Erwin, Bischofsheim (7. 6. 1957), Rausch, Karlheinz, Lauter (11. 6. 1957), Kundrat, Helene, Sprendlingen (5. 6. 1957), Helmold, Otto, Offenbach (6. 6. 1957), Henkel, Edgar, Mühlheim (6. 6. 1957), Schön, Anna, Offenbach (12. 7. 1957), Schneider, Annelese, Offenbach (12. 7. 1957), Pietsch, Hildegard, Hungen (25. 6. 1957), Karmann, Gerhard, Vonhausen (9. 5. 1957), Michaelis, Karl, Altwiedermus (11. 7. 1957), Falter, Hildegard, Ob.-Ramstadt (5. 7. 1957), Schreiber, Eugenie, Walldorf (1. 7. 1957), Keil, Wilhelm, Kesselbach (12. 7. 1957), Koch, Maria, Bad Nauheim (5. 7. 1957), Peltner, Alfred, Heusenstamm (24. 7. 1957), Ongyert, Olga, Darmstadt (19. 7. 1957), Gellermann, Hilde, Rüsselsheim (15. 7. 1957), Grunwald, Paul, Ober-Seemen (31. 7. 1957), Krug, Georg, Leusel (30. 7. 1957), Sommer, Karl, Stockhausen (30. 7. 1957), Hempel, Heinrich, Wolf (7. 8. 1957), Schmidt, Karl, Groß-Rohrheim (3. 8. 1957), Jaksch, Christa, Ober-Eschbach (15. 8. 1957), Grünwald, Wilhelm, Friedberg (19. 8. 1957), Schwenda, Ernst, Rüsselsheim (8. 8. 1957), Räther, Hildegunde, Wahlen/Alsfeld (21. 8. 1957), Feyerabend, Irmgard, Bad Nauheim (21. 8. 1957), Barth, Ernst, Bad Nauheim (21. 8. 1957), Schneider, Maria, Klein-Auheim (20. 8. 1957), Pungner, Elfriede, Bad Nauheim (20. 8. 1957), Klyne, Axel, Walldorf (5. 6. 1957), Zeidler, Anna, Dortelweil (26. 8. 1957), Melzer, Irmgard, Sprendlingen (22. 8. 1957), Jung, Joh. Wolfgang, Viernheim (21. 8. 1957), Friedrich, Elisabeth, Steinheim-Nord (27. 8. 1957), Dörr, Walter, Lautern (19. 8. 1957), Schmidt, Otto, Weickartshain (24. 8. 1957), Wenisch, Franz, Unter-Flockenbach (21. 8. 1957), Hirth, Luise, Neckarsteinach (16. 8. 1957),

Lotz, Karl, Leihgestern (21. 8. 1957), Eg, Anneliese, Rüsselsheim (30. 8. 1957), Dubyk, Leonid, Michelstadt (27. 8. 1957), Holzapfel, Karl, Ullershausen (10. 9. 1957), Hanke, Hannelies, Sprendlingen (18. 9. 1957), Hanke, Eberhard, Buchschlag (18. 9. 1957), Althaus, Ingeborg, Rockenberg (20. 9. 1957), Werner, Johannes, Neckarsteinach (10. 9. 1957), Klotz, Adam W., Beedenkirchen (19. 9. 1957), Heinzel, Walter, Georgenhausen (10. 9. 1957), Schnabl, Margarete, Mörfelden (29. 7. 1957)

ernannt:

zu LAA(innen) (BaW)

der/die LAA(in) im befristeten Beamtenverhältnis Hofmann, Ilse, Schlitz (24. 1. 1957), Jahn, Margarete, Rommelshausen (15. 5. 1957), Lange, Gertraut, Ober-Roden (17. 5. 1957), Mroz, Konstantia, Hainstadt (2. 5. 1957), Wondrejz, Franz, Sonderbach (27. 5. 1957), Horn, Hildegard, Leihgestern (10. 12. 1956), Benz, Hans-Jürgen, Beltershain (3. 5. 1957), Harth, Gerda, Allendorf (24. 5. 1957), Kimpel, Philipp, Ndr.-Wöllstadt (12. 6. 1957), Klein, Elisabeth, Offenbach (12. 12. 1956), Lohnes, Horst, Assenheim (26. 6. 1957), Seib, Elisabetha, Ober-Roden (27. 6. 1957), Kühn, Franz, Urberach (9. 7. 1957), Krause, Albrecht, Ober-Rosbach (10. 7. 1957), Habermann, Otto, Ndr.-Eschbach (10. 7. 1957), Völzel, Hans, Gießen (13. 7. 1957), Beier, Wilhelm, Braunshardt (16. 7. 1957), Schmidt, Hildegard, Offenbach (9. 7. 1957), Hartmann, Manfred, Rohrbach (17. 7. 1957), Zapf, Georg, Schaaßheim (9. 7. 1957), Busch, Klara, Ndr.-Roden (9. 7. 1957), Schöning, Margarete, Egelsbach (31. 7. 1957), Ried, Anna-Elisabeth, Steinheim-Süd (18. 7. 1957), Geimer, Robert, Ober-Rosbach (10. 7. 1957), Kretschmer, Friedrich, Melbach (31. 7. 1957), Hardt, Walter, Büdingen (14. 8. 1957), Just, Christoph, Gettenau (12. 6. 1957), Klar, Hans, Stammheim (12. 4. 1957), Schrötwieser, Wilfried, Dreieichenhain (22. 8. 1957), Schweibel, Rolf, Rai-Breitenbach (3. 8. 1957), Löffler, Theodor, Rendel (22. 8. 1957), Christ, Karl-Heinz, Viernheim (28. 8. 1957), Schulz, Hans, Sprendlingen (27. 8. 1957), Schüppel, Horst, Güttersbach (13. 8. 1957), Bößler, Ingeborg, Offenbach (27. 8. 1957), Bender, Dora, Darmstadt (19. 7. 1957), Dörmose, Eveline, Haingrund (27. 8. 1957), Bottler, Lene, Langen (28. 7. 1957), Heß, Eva-Charlotte, Lorsch (28. 8. 1957), Müller, Karl, Pfungstadt (27. 8. 1957), Bauer, Hans, Bad Vilbel (4. 9. 1957), Heß, Winfried, Groß-Felda (27. 8. 1957), Lotz, Charlotte, Steinheim-Nord (5. 9. 1957), Blum, Heinfried, Büdingen (4. 9. 1957), Mock, Marie, Homburg (6. 9. 1957), Jende, Heinz, Ndr.-Ofleiden (3. 9. 1957), Hauch, Günter, Bißben (1. 9. 1957), Weiß, Helmut, Rodheim (6. 9. 1957), Wolschina, Ingeborg, Urberach (10. 9. 1957), Donnhauser, Elmar, Eppertshausen (10. 9. 1957), Groß, Ilse, Babenhäusen (10. 9. 1957), Volp, Karl, Bobenhäusen I (13. 9. 1957), Mester, Britta, Gießen (27. 8. 1957), Gottwald, Adolf, Bürstadt (14. 1. 1957), Dittmar, Heinrich, Ober-Gleen (12. 9. 1957), Bitsch, Karl-Heinz, Bürstadt (13. 9. 1957), Decher, Klaus, Alsfeld (13. 9. 1957)

die techn. LAA.innen Werner, Gisela, Gießen (29. 6. 1957), von Krezmar, Else, Groß-Zimmern (4. 10. 1957)

zum/zur Lehrer(in) (BaK)

der/die LAA(in) Bertrand, Walter, Hausen (2. 5. 1957), Waldau, Gustav-Adolf, Hitzkirchen (8. 5. 1957), Vieltz, Georg, Ulrichstein (18. 5. 1957), Heinrich, Irene, Fürth i. O. (14. 5. 1957), Räther, Hildegunde, Wahlen-Alsfeld (8. 6. 1957), Sonnenschein, Christa, Mörfelden (8. 7. 1957), Schwarz, Ursula, Ober-Mörlen (4. 7. 1957), Böhmer, Lotte, Offenbach (10. 7. 1957), Hedrich, Herbert, Büdingen (26. 7. 1957), Hieronymus, Ernst, Kirch-Beerfurth (9. 7. 1957), Joswiakowski, Alfred, Sprendlingen (16. 7. 1957), Sahler, Ernst, Hassenroth (2. 7. 1957), Fröhlich, Ilse, Erbach (3. 7. 1957), Wegner, Erik, Bauschheim (12. 7. 1957), Trares, Hans, Hesselbach (9. 7. 1957), Frank, Georg, Klein-Krotzenburg (17. 7. 1957), Frank, Ursula, Seligenstadt (17. 7. 1957), Haarmann, Dietrich, Gießen (3. 7. 1957), Pschera, Karl, Beerfelden (8. 7. 1957), Ehmke, Günter, Darmstadt (25. 6. 1957), Heckert, Otto, Gedern (21. 8. 1957), Wutzkowsky, Reinhold, Weiterstadt (5. 9. 1957), Mootz, Hildegard, Bad Nauheim (28. 8. 1957), Grünwald, Gottfried, Falken-Gesäß (1. 9. 1957), Borges, Fritz, Mühlheim (17. 7. 1957), Volk, Eva, Ndr.-Ramstadt (10. 9. 1957), Morschutt, Irmgard, Saasen (19. 9. 1957), Pelzl, Maria, Lunda (18. 9. 1957), Fuchs, Hellfried, Olfen (5. 7. 1957), Pschera, Juliane, Rothenberg (30. 7. 1957)

die Lehrerin i. A. Sekker, Eleonore, Groß-Gerau (18. 7. 1957)

zum/zur Lehrer(in) (BaL)

die Lehrkräfte Nistler, Alois, Langd (20. 6. 1957), Kreiner, Gerhard, Ermenrod (20. 8. 1957), Pflücker, Anneliese, Großen-Linden (1. 9. 1957), Meyer, Bruno, Darmstadt (25. 6. 1957), Kuda, Maria, Alsfeld (3. 9. 1957), Fickelscher, Paul, Büdesheim (5. 9. 1957), Siegert, Ilse, Offenbach (22. 3. 1957), Schmidt, Gerhard, Allmenrod (28. 11. 1956), Genz, Siegfried, Höingen (30. 5. 1957), Bock, Friedrich, Leirbach (12. 6. 1957), Kästner, Gisela, Laubach (15. 7. 1957), Manke, Waldemar, Erbenhausen (29. 5. 1957)

zum Schulrat

der Rektor Freund, Rudolf, Offenbach (19. 8. 1957)

zum Hauptlehrer

die Lehrkräfte Bernhardt, Ludwig, Fränkisch-Crumbach (11. 4. 1957), Lachnit, Wilhelm, Klein-Zimmern (9. 5. 1957), Köckritz, Ernst, Darmstadt (3. 5. 1957), Müller, Kurt, Ndr.-Erlenbach (12. 6. 1957), Schwartz, Rudolf, Leeheim (15. 6. 1957), Michel, Heinrich, Rodheim v. d. H. (2. 5. 1957), Türk, Ernst, Grebenhain (22. 7. 1957), Anthes, Peter, Bauschheim (13. 8. 1957), Plehn, Günter, Neustadt (27. 8. 1957), Hirschhain, Karl, Hain-Gründau (4. 9. 1957), Stumpf, Otto, Garbenteich (18. 9. 1957), Heiß, Friedrich, Überau (15. 7. 1957)

zum Hilfsschullehrer (BaK)

der LAA Luther, Werner, Griesheim b. Da. (2. 5. 1957)

zum Rektor

die Lehrer Pechhold, Erich, Darmstadt (3. 5. 1957), Stentzel, Karl-Heinz, Butzbach (14. 5. 1957)
der Hilfsschullehrer Möglich, Hans-Joachim, Darmstadt (29. 4. 1957)
der Lehrer Hannemann, Christian, Offenbach (10. 7. 1957)
die Hauptlehrer Brandau, Johannes, Eppertshausen (11. 7. 1957), Scholz, Johannes, Ibenstadt (13. 7. 1957)

zum/zur Lehrer(in) (BaW)

die Lehrkräfte i. A. Friedrich, Annemarie, Erbach (2. 4. 1957), Mogwitz, Herbert, Trais-Münzenberg (28. 5. 1957), Winter, Anna, Steinheim-Nord (3. 9. 1957)

zu LAA(innen) (BaW)

die LAA(innen) i. befr. B. Kalt, Alois, Unter-Flockenbach (20. 9. 1957), Wernersbach, Alfons, Siedelsbrunn (12. 9. 1957), Borger, Kurt, Dieburg (10. 9. 1957), Sader, Dietrich, Hirschhorn (10. 9. 1957), Donnerhack, Lydia, Darmstadt (3. 9. 1957)

zur techn. LAAin (BaW)

die techn. Lehrerin i. A. Hrach, Elisabeth, Darmstadt (22. 3. 1957)

in den Ruhestand versetzt:

die Lehrkräfte Lehr, Magdalena, Grebenhain (1. 4. 1957), Loose, Martin, Darmstadt (1. 4. 1957), Nischwitz, Otto, Offenbach (1. 4. 1957), Kunkel, Leopold, Steinheim/M. (1. 4. 1957), Schieferstein, Georg, Lollar (1. 4. 1957), Viehmann, Wilhelm, Homberg (1. 4. 1957), Ruppert, Martin, Offenbach (1. 4. 1957), Raab, Johann, Offenbach (1. 4. 1957), Wunderle, Magdalena, Offenbach (1. 5. 1957), Hergenhan, Emma, Ober-Roden (1. 4. 1957), Moschner, Emilie, Gießen (1. 4. 1957), Roth, Heinrich, Geilshausen (1. 4. 1957), Kraus, Anna, Offenbach (1. 4. 1957), Horn, Else, Bad Vilbel (1. 5. 1957), Herd, Helene, Offenbach (1. 9. 1957), Eckstein, Adam, Erntshofen (1. 10. 1957), Kern, Wilhelm, Rüsselsheim (1. 10. 1957), Jaeger, Georg, Wald-Michelbach (1. 5. 1957), Ruths, Anna, Worfelden (1. 6. 1957), Roth, Emilie, Mörlenbach (1. 5. 1957), Stoll, Johannes, Darmstadt (1. 5. 1957), Hager, Adam, Offenbach (1. 5. 1957), Heidrich, Felix, Bieben (1. 4. 1957), Masurath, Emilie, Offenbach (1. 4. 1957), Krause, Franz, Offenbach (1. 4. 1957), Härtl, Karl, Wahlen (1. 4. 1957), Höreth, Friedrich, Mümling-Grumbach (1. 4. 1957), Steinmetz, Mathilde, Darmstadt (1. 7. 1957), Reifenrath, Martha, Bürstadt (1. 2. 1957), Frömel, Alfred, Laubach (1. 11. 1955), Schuchmann, Wilhelm, Darmstadt (1. 8. 1957), Greten, Hella, Darmstadt (1. 7. 1957), Lust, Barbara, Viernheim (1. 6. 1957), Kindler, Augustin, Garbenteich (1. 4. 1957), Kleinböhl, Margarete, Biebesheim (1. 8. 1957), Dr. Simon, Hans, Offenbach (1. 7. 1957), Leis, Julius, Wölfersheim (1. 10. 1954), Schulze, Max, Darmstadt (1. 4. 1956), Heimbürg, Friedrich, Schlitz (1. 4. 1957), Weber, Hans Joachim, Bönstadt (19. 8. 1957), Ditschler, Elisabeth, Hainstadt (1. 9. 1957), Franke, Willy, Höchst a. d. N. (1. 10. 1957), Reinheimer, Else, Darmstadt (1. 9. 1957), Wenkel, Max, Ranstadt (1. 10. 1957), Kleißer, Ernst, Engelrod (1. 10. 1957), Schwanke, Johannes, Rüsselsheim (1. 9. 1957), Stappl, Elisabeth, Ham-

melbach (1. 6. 1957), Rötter, Otto, Watzenborn-Steinberg (1. 10. 1957), Schüßler, Wilhelm, Heppenheim (1. 10. 1957), Seiler, Philipp, Lampertheim (1. 10. 1957), Füller, Josef, Offenbach (1. 4. 1957), Lehr, Ludwig, Dietzenbach (1. 4. 1957)

entlassen:

die Lehrkräfte Enderle, Annemarie, Darmstadt (1. 5. 1957), Graefe, Herta, Darmstadt (1. 5. 1957), Senft, Marianne, Offenbach (1. 5. 1957), Steinke, Marianne, Ockstadt (1. 5. 1957), Zoubek, Dorothea, Walldorf (1. 5. 1957), Lautermann, Gülna, Darmstadt (1. 5. 1957), Picard, Maria-Angela, Offenbach (1. 5. 1957), Reichwein, Margarete, Mühlheim (1. 6. 1957), Büttendender, Erna, Darmstadt (1. 5. 1957), Weimann, Liselotte, Darmstadt (1. 6. 1957), Fischer, Andreas, Offenbach (1. 6. 1957), Kunze, Alfred, Offenbach (1. 10. 1957), Bernbeck, Sieglinde, Neu-Isenburg (1. 7. 1957), Kramolisch, Hilde, Gernsheim (1. 6. 1957), Ost, Anneliese, Ndr.-Modau (1. 9. 1957), Schwöbel, Hildegard, Ober-Ramstadt (1. 9. 1957), Keller, Erika, Darmstadt (1. 9. 1957), Axt, Ursula, Wald-Michelbach (1. 9. 1957), Petzold, Elisabeth, Mühlheim-Dietesheim (1. 9. 1957), Hübner, Gertrud, Weiher (1. 8. 1957), Beier, Ingelore, Offenbach (1. 5. 1957)

Höhere Schulen

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte Bassner, Friedrich, Michelstadt (2. 5. 1957), Denzer, Annemarie, Gernsheim (29. 6. 1957), Roßkopf, Walter, Darmstadt (11. 7. 1957), Steiger, Martin, Michelstadt (3. 8. 1957)

entlassen:

der Musiklehrer Freitag, Kurt, Lauterbach (1. 5. 1957), die Stud. Assessorin Fügen, Elfriede, Nidda (1. 10. 1957)

ernannt:

zum Oberstudiendirektor
der Oberstudiendirektor z. Wv. Dr. Culmann, Paul, Nidda (28. 3. 1957),
der Oberstudienrat Dr. Kolscher, Max Butzbach (31. 5. 1957)

zur Oberschullehrerin:

die techn. Lehrerin Bruck, Margot, Nidda (30. 4. 1957)

zu Studienräten (BaL):

die Studienassessoren (BaW) Hindorf, Ilse, Michelstadt (20. 11. 1956), Fichte, Paul, Butzbach (16. 4. 1957), Dr. Oberfeld, Charlotte, Gießen (17. 7. 1957), Dr. Schmidt, Helene, Darmstadt (27. 8. 57)

zum Studienrat:

der Oberschullehrer (BaL) Dr. Belz, Wilhelm, Friedberg (18. 4. 1957)

zu Studienräten (BaK):

die Studienassessoren (BaW.) Schäfer, Lothar, Babenhausen (21. 5. 1957), Koch, Marie, Gießen (18. 7. 57), Bölle, Hedwig, Gedern (14. 5. 57), Dr. Rübeling, Karl-Heinz, Grünberg (20. 4. 1957), Luh, Willi, Büdingen (26. 7. 1957), Dr. Leyerer, Gieselbert, Darmstadt (26. 7. 1957), Dr. Kaiser, Ursula, Darmstadt (16. 7. 1957), Ochsendorf, Rolf, Darmstadt (1. 8. 1957), Allendorfer, Ursula, Friedberg (31. 7. 1957), Kiesche, Werner, Darmstadt (21. 8. 1956), Seht, Wilhelm, Offenbach (27. 8. 1957), Lehmann, Fritz, Groß-Biebereau (20. 8. 1957)

zu Studienassessoren (BaW):

die Studienassessoren im befristeten Beamtenverhältnis: Jordan, Werner, Bad Nauheim (6. 5. 1957), Biermann, Elly, Rüsselsheim (3. 5. 1957), Dr. Wittkowski, Wolfgang, Bad Nauheim (28. 2. 1957), Lokay, Elisabeth, Bensheim (10. 6. 1957), Kron, Werner, Friedberg (29. 7. 1957), Lichtenstern, Georg, Groß-Umstadt (5. 8. 1957), Wirth, Werner, Heppenheim, (27. 8. 1957), Tschampel, Dieter, Neu-Isenburg (3. 9. 1957), Schaab, Helmut, Friedberg (28. 8. 1957), Siemon, Helmut, Friedberg (30. 8. 1957), Krenz, Ruth, Bensheim (23. 8. 1957), Dr. Gasde, Alena, Offenbach (27. 8. 1957), Lang, Brunhilde, Darmstadt (2. 9. 1957)

in den Ruhestand versetzt:

Der/Die Oberstudienrat Dr. Huth, Heinrich, Bad Nauheim (1. 4. 1957), Studienrat Hoffmann, Wilhelm, Bad Nauheim (1. 6. 1957), Oberstud. Dir. Dr. Kaffenberger, Ernst, Bensheim, (1. 4. 1957), Studienrat Dr. Kollar, Julius, Lauterbach (1. 4. 1957), Oberstudienrat Hölzel, Ernst, Gießen (1. 4. 1957),

Studienrätin Neutz, Anna Gießen (1. 7. 1957), Studienrat Dr. Giese, Hermann, Michelstadt (1. 4. 1957), Studienrat Goy, Ignaz, Offenbach (1. 4. 1957), Oberstudienrat Dr. Wagenschein, Martin, Seeheim (1. 8. 1957), Studienrätin Dr. Matthes, Elisabeth, Bensheim (1. 8. 1957), Studienrat Dr. Schäfer, Robert, Darmstadt (1. 8. 1957), Studienrat Holz, Johannes, Gießen (1. 4. 1957), Oberschullehrerin Koch, Charlotte, Offenbach (1. 9. 1957), Oberschullehrer Lindenschmitt, Walter, Darmstadt (1. 11. 1957), Oberschullehrerin Lehr, Lina, Darmstadt (1. 10. 1957),

ernannt zu Oberstudienräten:

die Studienräte (BaL) Hafner, Johann, Darmstadt (11. 6. 1957), Reuschling, Wilhelm, Grünberg (24. 4. 1957), Dr. Kluge, Richard, Seeheim (16. 11. 1956), Dr. Born, Ekkehard, Darmstadt (8. 6. 1957), Dr. Petersen, Peter, Gießen (29. 6. 1957), Dr. Franz, Heinrich, Büdingen (22. 5. 1957), Dr. Alffen, Robert, Gießen (13. 7. 1957), Quack, Friedrich, Darmstadt (15. 6. 1957), Lotz, Karl, Darmstadt (13. 6. 1957), Dr. Borrmann, Fritz, Montevideo (5. 2. 1957), Biedert, Philipp, Darmstadt (29. 6. 1957), Brunner, Rudolf-Daniel, Darmstadt (3. 6. 1957), Feick, Ernst-Ludwig, Gießen (23. 7. 1957), Dr. Gans, Otto, Butzbach (17. 7. 1957), Reichert, Karl, Gießen (5. 8. 1957), Walter, Wilhelm, Michelstadt (12. 8. 1957), Dr. Mohr, Bernhard, Gießen (22. 7. 1957)

Darmstadt, 14. 10. 1957

Der Regierungspräsident

II/1 — 7 1 08 (1)

St.Anz. 45/1957 S. 1122

Schuldienszt Regierungsbezirk Kassel

ernannt:

zum Regierungs- und Schulrat, Schulrat Ewald Kretschmer, (16. 9. 1957)

Kassel, 15. 10. 1957

Der Regierungspräsident

P/1 Az. 7 o 16/03 B

St.Anz. 45/1957 S. 1124

Schuldienszt Regierungsbezirk Wiesbaden

ernannt zu Lehramtsanwärtern (BaW):

Lehramtsbewerber Eßner-Schaknys, Günther, Wetzlar (12. 9. 1957), Otto, Rudolf, Donsbach/Dillkreis (1. 8. 1957), Kühn, Horst, Donsbach/Dillkreis (26. 7. 1957), Schmidt, Helmut, Driedorf/Dillkreis (13. 8. 1957), Willing, Otto, Oberdorfelden/Hanau (6. 8. 1957), Welk, Egon, Hochheim/Maintaunus (27. 8. 1957), Ebenig, Karl-Heinz, Niederglabach/Maintaunus (28. 8. 1957), Molkenhuth, Heinz, Eschborn/Maintaunus (29. 8. 1957), Hecker, Gerhard, Flörsheim/Maintaunus (11. 9. 1957), Junker, Erwin, Flörsheim/Maintaunus (14. 9. 1957), Gessner, Hans, Niederhöchstadt/Maintaunus (18. 9. 1957), Möller, Fritjof, Okriftel/Maintaunus (14. 9. 1957), Schubert, Wolfram, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Voigt, Martin, Frankfurt/M. (20. 9. 1957), Stoppelkamm, Helmar, Wiesbaden (14. 9. 1957), Friedrich, Max, Wiesbaden (24. 9. 1957), Horn, Werner, Wiesbaden (20. 9. 1957)

Lehramtsbewerberin Schaper, Gerda, Wiesbaden (9. 9. 1957), Müller, Trudchen, Wiesbaden (12. 8. 1957), Müller, Elisabeth, Frankfurt/M. (2. 9. 1957), Hauck, Ingeborg, Frankfurt/M. (5. 9. 1957), Petzko, Hedwig, Frankfurt/M. (21. 9. 1957), Roll, Ingeborg, Frankfurt/M. (20. 9. 1957), Bergmann, Elisabeth, Frankfurt/M. (20. 9. 1957), Polag, Angela, Frankfurt/M. (24. 9. 1957), Kolbe, Hildegard, Frankfurt/M. (24. 9. 1957), Schneider, Margit, Bruchköbel/Hanau (29. 6. 1957), Glaser, Ruthild, Krißfeld/Maintaunus (8. 8. 1957), Erbrot, Herta, Weilbach/Maintaunus (23. 9. 1957), Boesten, Mechthild, Flörsheim/Maintaunus (16. 9. 1957)

Lehrkraft im Angest.-Verh. Roland, Waltraud, Flörsheim/Maintaunus (30. 8. 1957),

zur techn. Lehramtsanwärterin (BaW):

techn. Lehramtsbewerberin Karbe, Käthe, Hahn/Untertaunus (16. 9. 1957)

techn. Lehrkraft im Angest.-Verh. Schilling, Hedwig, Braunsfels/Wetzlar (20. 9. 1957)

zu Lehrern (BaW):

früherer Lehrer Cröninger, Ernst, Frankfurt/M. (28. 8. 1957) Lehrer (bisher Niedersachsen) Teßner, Christine, Frankfurt/M. (27. 8. 1957)

Lehrerin (bisher Württemberg) Fischer, Hildegard, Frankfurt/M. (4. 9. 1957)

zu Lehrern (BaK):

Lehramtsanwärter Posern, Günther, Bieber/Wetzlar (13. 9. 1957), Schitting, Ferdinand, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Beltzer, Walter, Frankfurt/M. (23. 8. 1957), Prauschke, Herbert, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), von Nolting, Rudolf, Frankfurt/M. (19. 9. 1957), Pitzer, Karl, Wiesbaden (27. 8. 1957), Geißler, Karl-Ernst, Wetzlar (16. 9. 1957), Buckard, Walter, Mittelbuchen/Hanau (24. 8. 1957), Henze, Heinz, Kransberg/Usingen (27. 8. 1957), Arhelger, Helmut, Herbornseelbach/Dillkreis (30. 7. 1957)

Lehrkraft im Angest.-Verhältnis Wiechec, Franz-Josef, Elbgrund/Limbürg (9. 9. 1957)

Lehramtsanwärterin Lindner, Elisabeth, Dillheim/Biedenkopf (19. 9. 1957), Ramek, Hildegard, Langenau/Dillkreis (25. 8. 1957), Hühn, Hildegard, Frankfurt/M. (30. 8. 1957), Maury, Frieda, Frankfurt/M. (29. 8. 1957), Rechel, Marieluise, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Klesy, Johanna, Wiesbaden (27. 8. 1957), Hannemann, Johanna, Wiesbaden (27. 8. 1957), Kullick, Ruth, Wiesbaden (10. 8. 1957), Jaensch, Eva-Maria, Wiesbaden (27. 8. 1957), Loesau, Helga, Wiesbaden (27. 8. 1957), Kunkler, Erika, Wiesbaden (27. 8. 1957)

apl. Lehrerin (bisher Berlin) Fritsch, Charlotte, Wiesbaden (3. 9. 1957)

zu techn. Lehrerinnen (BaK):

techn. Lehramtsanwärterin Pfaff, Gertrud, Frankfurt/M. (20. 9. 1957), Großhans, Eleonore, Wetzlar (30. 8. 1957)

zu Lehrern (BaL):

Lehramtsanwärter Hoffmann, Ulrich, Wiesbaden (27. 8. 1957)

Lehrkraft im Angest.-Verh. Schwalb, Hildegard, Oberdieten/Biedenkopf (23. 8. 1957)

zum Hilfsschullehrer (BaW):

Lehrkraft im Angest.-Verh. Pötzsch, Willi, Frankfurt/M. (28. 8. 1957)

Lehrkraft im Angest.-Verh. Weiner, Gertraud, Wiesbaden (27. 8. 1957)

zur Hilfsschullehrerin (BaK):

zu Mittelschullehrern (BaK):

Lehramtsanwärter Ehemann, Hans, Hanau (18. 9. 1957), Ripp, Oswald, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Kubisch, Gerhard, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Schreier, Karl, Wiesbaden (29. 8. 1957)

Lehramtsanwärterin Dr. Beck, Annemarie, Wiesbaden (28. 8. 1957)

Lehrerin Dr. Danker, Ruth, Hofheim/Maintaunus (5. 9. 1957)

zur Mittelschullehrerin (BaL):

techn. Lehrerin Raschke, Charlotte, Hofheim/Maintaunus (17. 7. 1957)

zu Mittelschullehrern:

Lehrer (BaL) Holzky, Benno, Dillenburg (30. 8. 1957), Lehrer (BaL) Schaedel, Karola, Frankfurt/M. (16. 9. 1957), Wirbelauer, Christa, Herborn/Dillkreis (24. 8. 1957)

zu Hauptlehrern:

Lehrer Biba, Karl, Altenmittlau/Gelnhausen (23. 8. 1957), Franz, Erich, Wachenbuchen/Hanau (21. 9. 1957), Rupp, Karl, Garbenheim/Wetzlar (11. 9. 1957)

Lehrerin Saalman, Ilse, Idstein/Maintaunus (20. 8. 1957)

zu Konrektoren:

Lehrer Fuhr, Rudolf, Wiesbaden (6. 8. 1957), Siebeck, Fritz, Wiesbaden (29. 8. 1957), Blum, Robert, Wiesbaden (29. 8. 1957), Ruckelshausen, Wiesbaden (28. 8. 1957), Theis, Konrad, Limburg (28. 8. 1957), Eichert, Paul, Hanau (2. 8. 1957), Arnold, Walter, Langenselbold/Hanau (20. 9. 1957)

zu Direktoren:

Lehrer Gollbach, Oskar, Wiesbaden (10. 8. 1957), Benner, Theobald, Königstein/Obertaunus (2. 8. 1957) Hi. Lehrer Baumann, Rudolf, Idstein/Maintaunus (26. 7. 1957) Konrektor Montag, Philipp, Frankfurt/M. (15. 8. 1957)

zur Mittelschulkonrektorin:

Mi.-Lehrerin Kroth, Mathilde, Bad Schwalbach, (19. 9. 1957),
Carstens, Dora, Hanau (19. 7. 1957)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Lehrer Dombrowski, Wilhelm, Wiesbaden (15. 6. 1957),
Müller, Heinrich, Wiesbaden (27. 8. 1957), Thiel, Hans-Joa-
chim, Wiesbaden (27. 8. 1957), Sauer, Max, Wiesbaden (27.
8. 1957), Groß, Alfred, Wiesbaden (27. 8. 1957), Melzer, Hel-
mut, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Schlapp, Rolf, Frankfurt/M.
(27. 8. 1957), Schmoranz, Josef, Frankfurt/M. (27. 8. 1957),
Renz, Erwin, Frankfurt/M. (28. 8. 1957), Dr. Knopf, Kurt,
Frankfurt/M. (30. 8. 1957), Wagner, Albert, Frankfurt/M.
(4. 9. 1957), Wenzel, Friedrich, Wetzlar (5. 9. 1957), Wagner,
Martin, Rodheim/Wetzlar (8. 8. 1957), Spindler, Heinrich,
Langensfeld/Hanau (19. 9. 1957), Focke, Ewald, Gerold-
stein/Untertaunus (16. 9. 1957), Wagner, Edwin, Springen/
Untertaunus (21. 9. 1957), Baum, Richard, Born/Untertaunus
(3. 7. 1957), Wöll, Wilhelm, Wallbach/Untertaunus (20. 8.
1957), Eisenach, Emanuel, Geisenheim/Rhg. (28. 7. 1957),
Möller, Josef, Oestrich/Rhg. (8. 8. 1957), Beyer, Heinrich,
Frechenhausen/Biedenkopf (20. 8. 1957), Zipp, Paul, Bad
Schwalbach (19. 9. 1957), Sattler, Werner, Nenderoth/Dill-
kreis (21. 9. 1957), Hellmig, Kurt, Wiesbaden (7. 9. 1957),
Lehrerin Nagel, Hilde, Bad-Homburg v. d. H. (7. 9. 1957),
Meißner, Hildegard, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Feuerlein,
Klara, Wiesbaden (27. 8. 1957), Schmitt, Ursula, Wiesbaden
(27. 8. 1957), Köhler, Helga, Wiesbaden (12. 8. 1957), Vieh-
weger, Barbara, Wiesbaden (26. 8. 1957), Jeckel, Hildegard,
Wiesbaden (3. 9. 1957), Willich, Liselotte, Wiesbaden (27. 8.
1957), Böttner, Ingeborg, Wiesbaden (4. 9. 1957), Schäfer,
Maria, Frankfurt/M. (27. 8. 1957), Becker, Margarete Lim-
burg (6. 9. 1957), Mura, Helene, Braunsfeld/Wetzlar (7. 9.
1957), Gerstner, Ruth-Maria, Hüttengesäß/Hanau (20. 9.
1957), Olbrich, Adele, Windecken/Hanau (19. 9. 1957), Ziss,
Maria, Breithardt/Untertaunus (16. 9. 1957), Scheuer, Gisela,
Hochstadt/Hanau (21. 9. 1957), Weber, Anneliese, Haiger/
Dillkreis (10. 9. 1957)

Hi.-Lehrerin Hösel, Lore, Herborn/Dillkreis (14. 9. 1957)
techn. Lehrerin von der Heyde, Gerta, Haiger/Dillkreis
(6. 8. 1957), Höeffler, Adelheid, Frankfurt/M. (27. 8. 1957),
Thiele, Petronella, Geisenheim/Rheing. (28. 8. 1957)
Lehrer Habl, Walter, Bechtheim/Untertaunus (16. 9. 1957)

in den Ruhestand versetzt:

Lehrer Pleban, Emil, Groß-Krotzenburg/Hanau (1. 8. 1957),
Schachl, Ernst, Lindenholzhausen/Limburg (1. 10. 1957),
Zenker, Friedrich, Oberursel (1. 11. 1957).
Hauptlehrer Niewalda, Emil, Würges/Limburg (1. 10. 1957),
Kremer, Josef, Wicker/Maintaunus (1. 11. 1957), Priebe,
Alois, Niederjosbach/Untertaunus (1. 11. 1957)
Konrektor Göckeritz, Paul, Frankfurt/M. (1. 1. 1958)
Rektor Girolstein, Erich, Wetzlar (1. 10. 1957), Schickel, Al-
fons, Camberg/Limburg (1. 11. 1957)

Lehrerin Kehr, Charlotte Frankfurt/M. (1. 10. 1957) Wer-
neck, Elly-Hilde Bad-Homburg (1. 11. 1957), Dienethal,
Margarethe, Wiesbaden (1. 10. 1957), Hönnmann, Elisabeth,
Altenmittlau/Gelnhausen (1. 11. 1957), Ennulat, Erna, Hör-
bach/Dillkreis (1. 10. 1957), Kunkel, Katharina, Erbach/Rhg.
(1. 10. 1957), Staudt, Elisabeth, Hadamar/Limburg (1. 11.
1957), Brenner, Johanna, Frankfurt/M. (1. 12. 1957), Pürner,
Maria, Eltville/Rhg. (1. 11. 1957), Henrich, Martha, Nieder-
walluf/Rhg. (1. 11. 1957)

techn. Lehrerin Offenbach, Hedwig, Hahn/Untertaunus (1.
10. 1957), Frenz, Eva, Frankfurt/M. (1. 11. 1957)

Hi.-Lehrerin Koettnitz, Martha, Eltville/Rhg. (1. 10. 1957)
Rektorin Busch, Erna, Frankfurt/M. (1. 11. 1957)

entlassen:

Lehramtsanwärter Bringmann, Wolfgang, Wiesbaden (1. 9.
1957)

Lehramtsanwärterin Kaiser, Hannelore Hochheim/Main-
taunus (1. 10. 1957)

Lehrerin Räuchle, Erna, Frankfurt/M. (1. 9. 1957), Mehlert,
Maria, Frankfurt/M. (1. 8. 1957), Doderer, Ingrid, Wiesba-
den (1. 9. 1957), Hepp, Edith, Wetzlar (15. 10. 1957), Kock,
Elisabeth, Frankfurt/M. (1. 10. 1957), Gehrman, Ursula,
Frankfurt/M. (1. 11. 1957), Sturm, Gudrun, Frankfurt/M.
(1. 11. 1957)

Lehramtsanwärterin Steinhilf, Hilde, Frankfurt/M. (1. 10.
1957), Aßmann, Jutta, Frankfurt/M. (1. 11. 1957), Knüttel,
Hildegard, Frankfurt/M. (1. 11. 1957)

Mi.-Lehrerin Lang, Elfriede, Frankfurt/M. (1. 10. 1957)

Wiesbaden, 4. 10. 1957

Der Regierungspräsident

II 2/1 r

St.Anz. 45/1957 S. 1124

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum Gewerbereferendar (BaW) Dr. Ing. Wolfgang Abt, Ge-
werbeaufsichtsamt Kassel (1. 10. 1957)

zum Gewerbesekretär (BaW) Albert Schneider,
Gewerbeaufsichtsamt Kassel (9. 9. 1957)

zur Gewerbeobersekretärin (BaL) Gewerbesekretärin Inge-
borg Poppenhäger (27. 9. 1957)

berufen:

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Gewerberat Max Altenburger, Techn. Überwachungsamt,
Kassel (14. 9. 1957)

Kassel, 15. 10. 1957

Der Regierungspräsident

P/1 Az. 7016/03 B

St.Anz. 45/1957 S. 1125

1133 DARMSTADT

Festsetzung des Ortslohnes

— StAnz. 1957 S. 1013 —

In obiger Bekanntmachung muß es in der 5. Zeile richtig
heßen:

„Zuständigkeiten der früheren Oberversicherungs-
ämter“.

Darmstadt, 23. 10. 1957

Der Regierungspräsident

I/12 — 11 a 08

St.Anz. 45/1957 S. 1125

1134

Auflösung der „Strecker-Stiftung“ in Offenbach a. M.

Auf Grund des Hessischen Gesetzes über Änderungen von
Stiftungen vom 23. April 1956 (GVBl. S. 99) genehmige ich
hiermit den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der
Stadt Offenbach a. M. vom 11. April 1957 über die Auflösung

dieser Stiftung und die Übertragung des Stiftungsvermögens
auf die Stadt Offenbach a. M. zum Zwecke der Erziehung
schwer erziehbarer Kinder.

Darmstadt, 17. 10. 1957

Der Regierungspräsident

I/3 — 25 d 04/11

St.Anz. 45/1957 S. 1125

1135 WIESBADEN

Erlöschen der Bestellung als Sachverständiger

Die öffentliche Bestellung und Vereidigung des Fräuleins
Elisabeth Adelsberger, Wiesbaden, Taunusstr. 28, als Schätzer
und Sachverständigen für antike Kunstgegenstände (Porzel-
lan, Glas, Fayence) ist erloschen.

Wiesbaden, 16. 10. 1957

Der Regierungspräsident

III 1 a Az. 73a 04/03/20

St.Anz. 45/1957 S. 1125

Regierungspräsidenten

1136**Auflösung des Viehversicherungsvereins a. G. Frickhofen, Kreis Limburg**

Gemäß § 43 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315) in der Fassung der Änderungsgesetze vom 5. März 1937 (RGBl. I S. 269) und 31. Juli 1951 (BGBl. I S. 480) erteile ich hiermit zu der in der Mitgliederversammlung vom 19. April 1957 beschlossenen Auflösung des

Viehversicherungsvereins a. G. Frickhofen, Krs. Limburg, die aufsichtsbehördliche Genehmigung.

Wiesbaden, 9. 10. 1957

Der Regierungspräsident
I 11 Az. 39c Tgb. 1177/57
St.Anz. 45/1957 S. 1126

1137**Auflösung des Viehversicherungsvereins 1911, Wallau, Kreis Main-Taunus**

Gemäß § 43 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315) in der Fassung der Änderungsgesetze vom 5. März 1937 (RGBl. I S. 269) und 31. Juli 1951 (BGBl. I S. 480) erteile ich hiermit zu der in der Mitgliederversammlung vom 7. September 1957 beschlossenen Auflösung des Viehversicherungsvereins 1911, Wallau, Kreis Main-Taunus, die aufsichtsbehördliche Genehmigung.

Wiesbaden, 17. 10. 1957

Der Regierungspräsident
I 11 Az.: 39 c Tgb.Nr. 1187/57
St.Anz. 45/1957 S. 1126

1138**Verlust von Vertriebenenausweisen**

Die nachstehend bezeichneten Vertriebenenausweise sind in Verlust geraten:

A Nr. 6338/10058 der Frieda Fengler geb. Gerber, geb. am 3. 2. 1885, wohnhaft in Bad Homburg v. d. H., Lange Meile 36, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Obertaunus in Bad Homburg v. d. H.

A Nr. 6336/289 des Raimund Reiner, geb. am 8. 11. 1936, wohnhaft in Flörsheim/Main, Hospitalstraße 17, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Main-Taunus in Ffm.-Höchst,

A Nr. 6311/5/209 des Josef Oms, geb. am 15. 2. 1908, wohnhaft in Frankfurt a. M. Gronauer Straße 5, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. — Flüchtlingsdienst —,

A Nr. 6311/6/2794 der Ursula Wittke, geb. am 22. 2. 1935, wohnhaft in Frankfurt a. M., Schwanthaler Straße 10, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. — Flüchtlingsdienst —,

A Nr. 6311/3/964 der Eleonore Götz geb. Witschel, geb. am 27. 8. 1919, wohnhaft in Frankfurt a. M., Frankenallee 153, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. — Flüchtlingsdienst —,

A Nr. 6311/3/2376 des Emil Kolb, geb. am 5. 10. 1930, wohnhaft in Frankfurt a. M., Koblenzer Straße 8, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. — Flüchtlingsdienst —,
A Nr. 6311/5/351 des Friedrich Harich, geb. am 17. 1. 1923, wohnhaft in Frankfurt a. M., Gr. Spillinggasse 47, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. — Flüchtlingsdienst —.

Die Erstaussfertigungen werden hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 21. 10. 1957

Der Regierungspräsident
I 4 — 58f — 02/03 Fl. K 676
St.Anz. 45/1957 S. 1126

1139

Enteignungsverfahren zugunsten des Trägers der Straßenbaulast der Bundesfernstraßen — Bundesrepublik Deutschland — Bundesstraßenverwaltung — zur Entziehung von Grundeigentum in der Gemarkung Wiesbaden-Erbenheim für den Bau der zweiten Fahrbahn der Bundesstraße 54 zwischen Wiesbaden-Erbenheim und Schützenhaus (km 8,0 + 00 und 9,7 + 00);

hier: Termin zur Feststellung der Entschädigung.

In dem Enteignungsverfahren zugunsten des Trägers der Straßenbaulast der Bundesfernstraßen — Bundesrepublik Deutschland — Bundesstraßenverwaltung — (Unternehmerin) zur Entziehung von Grundeigentum in der Gemarkung Wiesbaden-Erbenheim für den Bau der zweiten Fahrbahn der Bundesstraße 54 zwischen Wiesbaden-Erbenheim und Schützenhaus (km 8,0 + 00 und 9,7 + 00) wird hiermit gemäß § 25 Abs. 3 des Pr. Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. 6. 1874 (GS. S. 221) Termin zur Feststellung der Entschädigung auf

Mittwoch, den 11. Dezember 1957, 9 Uhr
in Wiesb.-Erbenheim, Gasthaus „Engel“,
Wandersmannstraße 26,

anberaumt.

Ein Verzeichnis der von dem Enteignungsverfahren betroffenen Grundeigentümer und Grundstücke liegt in der Zeit vom 2. Dezember bis 9. Dezember 1957 einschließlich bei dem Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden — Verwaltungsstelle Wiesbaden-Bierstadt — zur öffentlichen Einsicht aus.

Die Unternehmerin und die beteiligten Grundeigentümer erhalten zu dem Termin besondere Ladung.

Alle übrigen Beteiligten (Realberechtigte) werden gemäß § 25 Abs. 4 des Pr. Enteignungsgesetzes aufgefordert, ihre Rechte im Termin wahrzunehmen. Bei Nichterscheinen oder beim Ausbleiben eines bevollmächtigten Vertreters kann die Entschädigung gleichwohl festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben entschieden werden (§ 25 Abs. 5 Pr. Ent. Ges.).

Kosten für die Wahrnehmung des Termins können kraft ausdrücklicher Bestimmung (§ 43 Abs. 1 Pr. Ent. Ges.) nicht erstattet werden.

Wiesbaden, 15. 10. 1957

Der Kommissar für Enteignungssachen
des Regierungspräsidenten
Ent. Liste Nr. 13/55
Wiesb.-Erbenheim
St.Anz. 45/1957 S. 1126

Buchbesprechungen

Nachtrag zur 18. Auflage der Tabellen zur TO A. Stand der Gesetzgebung 15. 9. 1957, Umfang 68 Seiten DIN A 5, DM 3,—. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, München.

Nach dem Tarifvertrag v. 21. 12. 1955 sind für die Gewährung des Ortszuschlags und der Kinderzuschläge an die Angestellten des öffentlichen Dienstes die für die Beamten des jeweiligen Dienstherrn geltenden Bestimmungen anzuwenden.

In der 18. Auflage der Tabellen zur TOA waren daher noch die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Tarifvertrags vom 4. 6. 1957 gültigen Vorschriften und Sätze für den Wohnungsgeldzuschuß und die Kinderzuschläge enthalten. Nach der Verkündung des Bundesbesoldungsgesetzes und einiger inzwischen ergangenen Länderbesoldungsgesetze ergab sich die Notwendigkeit, die obengenannten Vorschriften neu gefaßt in den vorliegenden Nachtrag aufzunehmen. Für die Dienststellen des Bundes, der Bundeswehr und der Länder, die bereits ihre Länderbesoldungsgesetze dem Bundesbesoldungsgesetz angeglichen haben, werden diese Vorschriften schon jetzt angewandt. Für die übrigen Länder treten die Bestimmungen über Ortszuschlag und Kinderzuschläge erst nach dem Erlaß entsprechender Länderbesoldungsgesetze in Kraft. Darüber hinaus enthält der Nachtrag die seit

dem Erscheinen der 18. Auflage bundeseinheitlich getroffenen Tarifregelungen, so z. B. den Tarifvertrag vom 5. 7. 1957 über die Eingruppierung technischer Assistenten u. a. Ministerialrat Maneck

Pensionstabelle für Versorgungsfälle ab 1. Oktober 1927 bis 31. März 1957. Gültig ab 1. 4. 1957, 5. Auflage, Umfang 60 Seiten auf Karton gedruckt, Preis DM 8,—. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, München 5, Rumfordstraße 21.

Nach den Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes vom 27. 7. 1957 müssen sämtliche Versorgungsbezüge gemäß § 48 angepaßt werden. Für Versorgungsempfänger, die bis zum 31. März 1957 in den Ruhestand getreten sind, wird zum Grundgehalt eine gestaffelte Zulage in Höhe von 65, 75 und 80% zum Grundgehalt gewährt. Damit ist eine Neufestsetzung sämtlicher Versorgungsbezüge zum 1. 4. 1957 notwendig geworden. Verschiedene Länder haben sich dieser Bundesregelung angeschlossen, bei anderen ist es zu erwarten.

Für die dadurch notwendig werdenden Arbeiten wird die vorliegende Neuauflage der bekannten und bewährten Tabelle eine willkommene Hilfe sein.

Die Tabelle enthält in übersichtlicher und praktischer Anleitung die Ruhegehälter und Witwengelder, ausgerechnet von 35 und 80% für alle in Frage kommenden Dienstaltersstufen. Der Textteil gibt einen Rückblick auf die bisherigen Grundlagen des Bundesversorgungsrechts und eine Übersicht über die neue Regelung.

Ministerialrat Maneck

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Textausgabe des Betriebs-Beraters mit Verweisungen, Sachverzeichnis und Auszügen aus dem Regierungsentwurf und dem schriftlichen Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zu dem Gesetz, ferner mit dem Verwaltungszustellungsgesetz, Verwaltungsvollstreckungsgesetz und den kartellrechtlich bedeutsamen Vorschriften aus folgenden Gesetzen: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Ordnungswidrigkeitengesetz, Zugabeverordnung, Rabattgesetz mit Durchführungsverordnung und Aktiengesetz. Bearbeitet von Kurt H. Biedenkopf, wissenschaftlicher Assistent, Frankfurt/M., und Dr. Ernst Steindorff, Privatdozent, Frankfurt/M., 216 Seiten, kart. DM 9,60. Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH., Heidelberg 1957.

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. 7. 1957 wurde am 9. 8. 1957 veröffentlicht (BGBl. I S. 1081). Es wird am 1. 1. 1958 in Kraft treten (§ 109 I). Wirtschaft und Behörden haben damit etwa noch 1/4 Jahr Zeit, sich auf dieses bedeutungsvolle Grundgesetz der Wirtschaft vorzubereiten. Das Material hierfür ist in der anzuzeigenden Textausgabe in handlicher Form zusammengestellt. In dieser Ausgabe ist abgedruckt:

1. Das Gesetz selbst mit Verweisungen auf andere Paragraphen des Gesetzes, auf Normen des europäischen Wirtschaftsrechts und auf den Regierungsentwurf samt Materialien;
2. die wichtigeren fortgeltenden Bestimmungen anderer wettbewerbsrechtlicher Gesetze (UWG, § 1 ZugabeVO, RabattG, § 15 AktG) sowie Auszüge aus dem OWG, Verwaltungszustellungsgesetz und Verwaltungsvollstreckungsgesetz;
3. die wesentlichen materiellen Bestimmungen des Entwurfs;
4. der schriftliche Bericht des Ausschusses für Wirtschaftspolitik zu den unter 3. genannten Bestimmungen.

Weiteres Material ist in einem besonderen „Fundstellenverzeichnis“ (S. 6) zitiert.

Dem Abdruck der Texte ist eine Einleitung über Vorgeschichte und Aufbau des Gesetzes vorangestellt. Als ganz besonders nützlich wird sich das Schaubild (S. 16) über das Verfahren erweisen. Das Gesetz hat das Verfahren kompliziert und systemwidrig geregelt. Das Schaubild ist klar und übersichtlich.

Der ausführliche Abdruck der wesentlichen Gesetzgebungsmaterialien ist zu begrüßen, obwohl Erich Kaufmann vor den deutschen Staatsrechtslehrern wegen der Bedeutung der objektiven Auslegungsmethode dazu aufgerufen hat, Gesetzgebungsmaterialien zu verbrennen oder zumindest in einem nur für Historiker zugänglichen abgeschlossenen Schrank zu verwahren. Denn bei der Auslegung dieses für das deutsche Recht neuartigen Gesetzes wirtschaftspolitischen Charakters müssen die Begründung des Gesetzes und der Ausschlußbericht mit herangezogen werden, um zu erkennen, welche Vorstellungen und Absichten mit diesem Gesetzgebungswerk verbunden sind. Denn sie sollen im Einzelfall konkretisiert und durchgesetzt werden. Auf die Grenzen, die bei der Berücksichtigung der Materialien eingehalten werden müssen, haben die Bearbeiter selbst hingewiesen (S. 13 f.).

Regierungsrat Dr. Reuß

¹⁾ Staatsanzeiger 1957, 737 Anm. 4;

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 24. 7. 1957 S. 1; Mueller, Das neue Kartellrecht und die Wirtschaft, BB 57, 757.

²⁾ Näheres bei Seydel, Zur Systematik des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, NJW 57, 1300.

³⁾ Heft 9 der Veröffentlichungen der deutschen Staatsrechtslehre (1952), S. 12 f.

Das Günstigkeitsprinzip im Verhältnis des Tarifvertrages zum Einzelarbeitsvertrag und zur Betriebsvereinbarung, von Assessor Dr. Otfried Wlotzke Göttingen, Band 1 der Abhandlungen zum Arbeits- und Wirtschaftsrecht, herausgegeben von Professor Dr. Wolfgang Siebert Göttingen, 187 Seiten, kart. DM 18,50. Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH., Heidelberg.

Bei Abnahme der Reihe gewährt der Verlag 15% Ermäßigung.

Der Betriebsberater ist eine materialreiche, zuverlässige und schnelle Informationsquelle für alle im Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsrecht Interessierten (St.-Anz. 1956, 155). Er enthält neben Auszügen aus Urteilen knappe Informationen und Kurzgutachten. Diese werden ergänzt durch die „Schriften des Betriebsberaters“, die ausführlichere Darstellungen der o. e. Rechtsgebiete für die Praxis enthalten (vgl. St.-Anz. 55, 1161; 1957, 443 und 1080 sowie 500, 737, 836). Daneben tritt nun als weitere Ergänzung eine neue Schriftenreihe, deren erster Band hier zu besprechen ist. Die Abhandlungen, die in dieser Reihe erscheinen, werden wesentlich ausführlicher sein und stärker auf die theoretischen Grundlagen eingehen, als dies in den o. e. Veröffentlichungen des gleichen Verlages möglich ist. Ein solcher Plan ist sehr zu begrüßen. Im Arbeits- und Wirtschaftsrecht harren noch viele Fragen der Klärung, neue Fragen tauchen immer wieder auf. Dafür, daß der Plan gelingen dürfte, bürgt der Name des bekannten Herausgebers, der mittlerweile selbst im Band 4 „Die Haftung der technischen Überwachungsvereine und ihrer Sachverständigen bei der Prüfung von Kraftfahrzeugen“ behandelt hat. Der erste Band dieser neuen Reihe ist ein guter Start. Er vereinigt wissenschaftliche Gründlichkeit mit praktischer Nützlichkeit.

Eine Besonderheit des Arbeitsrechts liegt darin, daß als Rechtsquellen nicht nur, wie in anderen Rechtsgebieten, Verfassung, Gesetz und Rechtsverordnung in Frage kommen, sondern auch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen. Daraus entsteht neben der Frage nach dem zeitlichen, örtlichen, betrieblichen (fachlichen) und personellen Geltungsbereich der jeweiligen Norm ein besonderes Konkurrenzproblem dann, wenn einander widersprechende Normen verschiedene Ranges auf ein und dasselbe Arbeitsverhältnis angewandt

werden können. Während die Verfassung jeder anderen Bestimmung vorgeht und sich die Rechtsverordnung im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes halten muß, gilt im übrigen meist die dem Arbeitnehmer günstigste Regel. Funktion, Inhalt und Problematik dieses Günstigkeitsprinzips schildert der Verfasser einleitend (S. 11 ff.), um dann die vielfältigen Einzelfragen bei der Anwendung des Prinzips auf das Verhältnis des Tarifvertrages zum Einzelarbeitsvertrag (S. 15 ff.) und auf das Verhältnis des Tarifvertrages zur Betriebsvereinbarung (S. 105 ff.) eingehend systematisch zu untersuchen. Die dabei gewonnenen Ergebnisse gelten auch für die anderen Kollisionsmöglichkeiten (Betriebsvereinbarung und Arbeitsvertrag; Gesetz und Kollektiv- sowie Einzelvertrag, S. 14).

Der Verfasser setzt sich mit klaren und wohlabgewogenen Ausführungen mit allen Gesichtspunkten auseinander, die insbesondere bei der Auslegung des § 4 I und III TVG und der §§ 49, 56, 59 BetrVG zu beachten sind. Dabei weist er auch auf die sozialpolitischen Gründe und Auswirkungen rechtlicher Argumente hin (s. insb. S. 17 f., 105 ff.). Aus Räumangel kann die Fülle der Gedanken des Verfassers hier nicht ausgebreitet werden. Um aber wenigstens zu zeigen, welche Probleme er erörtert und wie sehr das Buch auch der Praxis zu dienen vermag, seien im folgenden einige Ergebnisse der Gedankenführung des Verfassers im Leitsatzform genannt:

Der Günstigkeitsgrundsatz des § 4 III RVG ist ein zwingender Rechtssatz (S. 21 ff.). Daher werden vortarifliche günstigere Einzelvereinbarungen durch den späteren Tarifvertrag nicht eingeschränkt (S. 32 ff., 45). Ein Streik für bessere Einzelverträge ist unzulässig (S. 51 f.), desgleichen die Aussperrung zum Abbau über tariflicher Leistungen (S. 71 f.). Übertarifliche Löhne gehen im neuen Tarifvertrag auf (S. 54 f.) mit Ausnahme der nicht unter Widerrufsvorbehalt versprochenen echten Leistungszulagen (S. 58 f.; 55 f.), es sei denn, daß die Tarifvertragsparteien besonderes bestimmt haben (S. 57). Welche Regelung günstiger ist, richtet sich bei der Konkurrenz von Tarifvertrag und Arbeitsvertrag nach dem objektiven Interesse (S. 78 ff.) des einzelnen Arbeitnehmers (S. 76 f.) — und bei der Kollision von Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung nach dem Gesamtinteresse (S. 172) — an dem Normenkomplex (S. 72 ff., 82). Allgemeine wirtschaftliche Auswirkungen der miteinander zu vergleichenden Normen sind nicht zu beachten (S. 73 ff.). Trotz § 59 BetrVG können günstigere Betriebsvereinbarungen über formelle Arbeitsbedingungen abgeschlossen werden (S. 137, 154). Für Außenseiter können keine Betriebsvereinbarungen geschlossen werden (S. 140 ff.). Bei der Konkurrenz von Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung kommt es nicht auf das objektive Interesse (S. 78 ff.), sondern auf den Blickpunkt der Tarifparteien an (S. 149). Effektive Klauseln haben nur deklaratorische Bedeutung (S. 59 ff.).

Als für die Praxis besonders nützlich sind noch hervorzuheben: Die präzisen Zusammenfassungen (S. 103 f.; 151; 175 f.) sowie der Umstand, daß das Buch neben einem wohlgegliederten Inhaltsverzeichnis und einem ausführlichen Schrifttumsverzeichnis auch ein Sachverzeichnis enthält, was bei anderen Monographien leider nicht üblich ist.

Regierungsrat Dr. Reuß

Das neue Gemeindevirtschaftsrecht in Hessen, von Oberregierungsrat Dr. Erwin Lind, Darmstadt. Vorschriftenammlung für die Gemeindeverwaltung in Hessen. Heft 1 (VS 300a): Haushaltswesen, 48 Seiten, DM 2,60; Heft 2 (VS 300b): Vermögen, Schulden, Rücklagen, 36 Seiten, DM 2,—; Heft 3 (VS 300c): Kassen- und Rechnungswesen, 48 Seiten, DM 2,60. R. Boorberg-Verlag, Stuttgart.

Der Verfasser, langjähriger Kommunaldezernent bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, hat sich die Aufgabe gestellt, in 3 Vorschriftenammlungen das neue hessische Gemeindevirtschaftsrecht: GemHVO — RückIVO — KurVO vom 27. 1. 1956 in übersichtlicher Form darzustellen, um so in erster Linie den ehrenamtlichen Bürgermeistern und Gemeindegemeindevorstellern eine Einführung in das sie täglich beschäftigende Arbeitsgebiet zu geben.

Die Arbeit muß als gelungen bezeichnet werden. Der Stoff der 3 hessischen Wirtschaftsverordnungen ist aus Zweckmäßigkeitsgründen in 3 Heften in allgemein verständlicher Weise zusammengefaßt. Den gemeindlichen Ehrenbeamten ist so die Möglichkeit gegeben, sich rasch mit den einzelnen Sachgebieten vertraut zu machen. Auch den sonstigen Gemeindegemeindevorstellern und Dienstangestellten geben die Vorschriftenammlungen eine Handhabe, sich schnell mit dem neuen hessischen Gemeindevirtschaftsrecht vertraut zu machen.

Die Anschaffung obengenannter 3 Vorschriftenammlungen, die in ihrer Gesamtheit das neue hessische Gemeindevirtschaftsrecht kommentieren, kann empfohlen werden.

Finanzprüfer Glück

Der Staats-Anzeiger

Jahrgang 1956

alle Ausgaben, mit Inhaltsverzeichnis und in Spezial-Einbanddecke gebunden ist zum Preise von DM 27,50 je Band zuzügl. Versandkosten noch in einigen Exemplaren lieferbar.

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Anzeigen und Vertrieb

Wiesbaden, Herrnühlgasse 11A, Telefon 2 58 61

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1957

Samstag, den 9. November 1957

Nr. 45

Veröffentlichungen

3237

Baulandumlegung in der Gemeinde Himbach für das Gebiet „Im Pfeifersaal“

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet offengelegen hat, findet die Verhandlung über den Verteilungsplan mit den Beteiligten gemäß § 33 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen vom 25. 10. 1948 — GVBl. Seite 139 — am

Montag, den 25. November 1957
— vormittags 9.00 Uhr —

auf der Bürgermeisterei von Himbach statt. Es wird darauf hingewiesen, daß beim Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen wird.

Büdingen, 29. 10. 1957

Der Kreisausschuß d. Landkreises Büdingen
als Umlegungsbehörde
Moosdorf, Landrat

3238

Einziehung einer öffentlichen Lehmgrube

Die in der Gemarkung Homberg gelegene öffentliche Lehmgrube Flur 18, Flurstück 31/6 = 20,47 Ar „An der Waßmuthshäuser Straße“ soll eingezogen werden. Die Lehmgrube ist als öffentliche Anlage im Rezeß eingetragen und wird nicht mehr benötigt. Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird dies vorher mit der Aufforderung veröffentlicht, etwaige Einsprüche gegen die beabsichtigte anderweitige Verwendung innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet bei der unterzeichneten Dienststelle geltend zu machen.

Homberg, 25. 10. 1957 Der Magistrat

3239

Umlegungsverfahren in der Gemarkung Schotten

1. Auf Grund des § 29 des Hessischen Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 — Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Seite 139 — wird folgendes bekanntgegeben:

Der Kreistag des Landkreises Büdingen hat am 19. 1. 1957 beschlossen, daß in der Gemarkung Schotten die Grundstücke in dem Gebiet „Auweg“ umgelegt werden.

2. Das Umlegungsgebiet ist in dem Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen begrenzt und führt den Namen „Auweg“.

3. Wer nach Eintragung des Umlegungsvermerks durch Rechtsgeschäfte Beteiligter im Sinne des § 28 des Aufbaugesetzes wird, muß das bisherige Verfahren gegen sich

gelten lassen. Eine Erhöhung der auf das Grundstück entfallenden Gesamtentschädigung kann auf Grund solcher Rechtsgeschäfte nicht eintreten. Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungsart eines Grundstückes im Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wiederhergestellt oder wesentlich verändert werden.

4. Diese Bekanntmachung und der Umlegungsplan werden in den Räumen des Katasteramtes Büdingen in der Zeit von Montag, den 11. 11. bis einschl. Montag, den 25. 11. 1957

zur Einsichtnahme für die Beteiligten ausgelegt.

Büdingen, 29. 10. 1957

Der Kreisausschuß d. Landkreises Büdingen
als Umlegungsbehörde
Moosdorf, Landrat

3240

Baulandumlegung Bad Soden

Der Kreistag hat das Baulandumlegungsverfahren nach dem Hessischen Aufbaugesetz für das Gebiet

„Burgberg II. Teil“

zwischen Waldstraße — Schlichtgasse — Goethestraße — Eichendorffstraße und Lessingstraße (Flur 1 und 2) in Bad Soden beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet. Der Umlegungsplan liegt bei dem mit der technischen Durchführung beauftragten Katasteramt für den Landkreis Main-Taunus, Frankfurt a. M. - Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, vom 11. 11. 1957 zwei Wochen, also bis zum 24. 11. 1957, während der Dienststunden für die Beteiligten zur Einsicht offen. Die gemäß § 28 des Aufbaugesetzes am Verfahren Beteiligten (Eigentümer, Pächter, Gläubiger usw.) werden gebeten, ihre Wünsche innerhalb einer Ausschußfrist von 14 Tagen nach Beendigung der Offenlegungsfrist beim Katasteramt vorzubringen.

Über den Verteilungsplan wird am Montag, den 9. Dezember 1957, von 15 bis 16 Uhr im Paulinenschloßchen — Ratssaal — in Bad Soden verhandelt, wozu hiermit die Beteiligten öffentlich geladen werden. Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß gemäß § 31 des Hess. Aufbaugesetzes Änderungen in der Nutzungsart der Grundstücke sowie in der Bebauung von der Umlegungsbehörde, dem Kreisausschuß des Landkreises Main-Taunus, genehmigt werden müssen und daß über den Verteilungsplan auch bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme verhandelt und beschlossen werden kann.

Frankfurt (Main) - Höchst, 30. 10. 1957

Der Kreisausschuß des Main-Taunus-
Kreises als Umlegungsbehörde

Gerichtsangelegenheiten

3241

Aufgebote

2 F 1/57: Die Ehefrau Hertha Hulda von Witzke, geb. Sieke in Orpethal und der Maschinenführer Hermann August Sieke in Orpethal — vertreten durch Rechtsanwalt Wewer in Warburg/Westf. — haben das Aufgebot des verloren gegangenen Grundschuldbriefes vom 2. November 1928 über die auf den Grundstücken von Orpethal Bd. II Blatt 39 in Abt. III Nr. 9 für die Kreissparkasse zu Arolsen eingetragenen, zu 12% jährlich ab 31. 10. 1928 verzinslichen Grundschuld in Höhe von 1000 Goldmark beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem

auf den 7. Februar 1958 — 9 Uhr —

vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 23 anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Arolsen, 29. 10. 1957

Amtsgericht

3242

34 F 8/57: Die Justina — gen. Dina — Löffler geb. Sinner in Pfungstadt, vertreten durch Rechtsanwälte Dr. Mattern und Naglatzki in Darmstadt, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes für die im Grundbuch von Pfungstadt, Band 41, Blatt 3017 in Abt. III Nr. I zugunsten der Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt eingetragene Hypothek über 600,— RM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 27. Februar 1958, vormittags 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Darmstadt, 28. 10. 1957

Amtsgericht

3243

34 F 13/57: Der Bauunternehmer Philipp Melk in Wixhausen, vertreten durch Rechtsanwalt Georg Benz in Darmstadt, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes für die im Grundbuch von Wixhausen Blatt Nr. 1495 in Abt. III Nr. 1 zugunsten der Spar- und Darlehnskasse Wixhausen e. G. m. b. H. eingetragene Hypothek über GM 749,82 beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 27. Februar 1958, vormittags 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Darmstadt, 28. 10. 1957

Amtsgericht

3244

34 F 9/57: Die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige G. m. b. H., Ludwigsburg, hat das Aufgebot des Grundschuldbriefs für die im Grundbuch von Darmstadt, IV. Bezirk, Band Nr. 29, Blatt 1357, in Abt. III Nr. 2 zugunsten der Antragstellerin eingetragenen Grundschuld von 8400, DM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 27. Februar 1958, vormittags 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Darmstadt, 28. 10. 1957

Amtsgericht

3245

34 F 11/57: Die Ingeborg Muth, Hans Albert Muth und Reinhold Muth, gesetzlich vertreten durch seinen Vater Albert Muth, alle in Darmst.-Eberstadt, Heidelberger Landstraße 253, wohnhaft und vertreten durch ihren Bevollmächtigten, Rechtsanwalt Hassloch in Darmstadt, haben das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Darmstadt, V. Bezirk, Blatt Nr. 3957 in Abt. III Nr. 3 für die Darmstädter Volksbank eingetragene Hypothek über 20 000 Goldmark und unter Nr. 8 für die Hessische Landesbank in Darmstadt eingetragene Hypothek über 2500, Goldmark beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 27. Februar 1958, vormittags 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Darmstadt, 28. 10. 1957

Amtsgericht

3246

34 F 7/57: 1. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Kattler in Darmstadt, als Bevollmächtigter der Frau Luise Koch geb. Sandmann in Darmst.-Eberstadt, Am Elfengrund Nr. 72, 2. Studienassessor Helmut Koch, daselbst, 3. Dr. Otto G. W. Koch in Köln-Stammheim haben das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Darmstadt, Band 28, Blatt 1887 in Abt. III Nr. 3 zugunsten der Klara Feldner geb. Cronh in Koblenz-Oberwerth eingetragene Hypothek über 10 000, RM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 27. Februar 1958, vormittags 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Darmstadt, 28. 10. 1957

Amtsgericht

3247

2 F 8/57: Die Eheleute Karl Walter Georg Kirsch und Berta Kirsch geb. Schlosser in Oberhöchstadt/Ts. haben das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 9. April 1931 über die im Grundbuch von Oberhöchstadt Bl. 14 in Abtei-

lung III Nr. 4 für den Kaufmann Friedrich Scharffe in Frankfurt a. Main, Gartenstraße Nr. 175, eingetragenen Darlehenshypothek von 1000,— RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 104, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Königstein (Taunus), 29. 10. 1957

Amtsgericht

3248**Güterrechtsregister**

GR 101 A: Eheleute Thomas Halbe und Carla Halbe genannt Noltens, geborene Noltensmeyer, beide in Harheim. Durch not. Erklärung vom 17. Sept. 1957 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957, besteht Gütertrennung.

Bad Vilbel, 31. 10. 1957

Amtsgericht

3249

73 GR 6305 A: Kaufmann Anton von Baskay und Ingeborg geb. Schwager, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 9. September 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6306 A: Anwaltsassessor Hans Grundstein und Agnes geb. Steinmann, Frankfurt/M.: Durch Erklärung vom 3. Aug. 1957 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6307 A: Baustoffkaufmann Herbert Klein und Lucia geb. Minkus, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 7. August 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6308 A: Architekt Armin Honeck und Gertrude geb. Schulze, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 11. April 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6309 A: Kaufmann Johann Christoph Steinberger und Suzanne geb. de Reyghere, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 5. September 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6310 A: Versicherungskaufmann Walter Veit und Eleonore geb. Morlok, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 17. Juli 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6311 A: Kaufmann Hans Kramer und Hilde geb. Stupp, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 10. September 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6312 A: Ingenieur Hermann Siegrist und Ottilie geb. Steinmetz, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 31. August 1957 ist allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart.

73 GR 6313 A: Kaufm. Angestellter Kuno Geelhaar und Erika geb. Rutz, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 22. August 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 5978 A: Kaufmann Mortka Silber und Margot geb. Stein, Frankfurt/M.: Durch Ehevertrag vom 18. September 1957 ist ab sofort Zugewinnngemeinschaft im Sinne der §§ 1363—1390 BGB in der Fassung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 vereinbart.

Frankfurt (Main), 4. 11. 1957

Amtsgericht, Abt. 73

3250**Neueintragung**

2 GR 1566: Durch Vertrag vom 23. September 1957 haben die Eheleute Landwirtschaftermeister Wilhelm Wagner und Lina geborene Michel aus Treis an der Lunda die allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart.

Gießen, 23. 10. 1957

Amtsgericht

3251

GR 185: Textilkaufmann Robert Behr und Ehefrau Elisabeth geb. Reitz in Steinbach, Krs. Limburg/L., Borngasse 18. Durch Vertrag vom 21. September 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

Hadamar, 2. 11. 1957

Amtsgericht

3252

4 GR 659 — 21. Okt. 1957: Der Kraftfahrer Friedrich Fischer und Maria geb. Hornung, Dörnigheim a. M., Schillerstr. 5, haben durch Vertrag vom 9. Oktober 1957 allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart.

4 GR 660 — 25. Oktober 1957: Der Ing. Ernst Friedrich Georg Reichert und Marianne Elisabeth geb. Holzinger, Hanau, Philippsruher Allee 33, haben durch Vertrag vom 3. Oktober 1957 Gütertrennung vereinbart.

Hanau (Main), 29. 10. 1957

Amtsgericht

3253

GR 153 A: Die Eheleute Schlosser und Landwirt Andreas Johannes Kemler und Anna geb. Both in Rothenkirchen haben durch Vertrag vom 11. September 1957 allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart.

Hünfeld, 26. 10. 1957

Amtsgericht

3254**Neueintragung:**

GR IV, 7. Bezeichnung der Ehegatten: Krähmüller, Rudolf, kaufm. Angestellter und Ehefrau Emmi, geb. Langer, wohnhaft in Michelstadt. Durch notariellen Ehevertrag vom 21. August 1957 ist Gütertrennung vereinbart.

Michelstadt, 16. 10. 1957

Amtsgericht

3255**Vereinsregister**

73 VR 2074 — 27. 9. 1957: Der Verein ist aufgelöst.

Frankfurt (Main), 4. 11. 1957

Amtsgericht, Abt. 73

3256

7 VR 234 — In das hiesige Vereinsregister ist heute unter der Nr. 7 VR 234 folgendes eingetragen worden: Ski- und Paddel-Club Hattersheim (Main).

Frankfurt/M.-Höchst, 28. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 7

3257**Neueintragungen
mit dem Sitz Frankfurt (Main)**

73 VR 2991 — 30. 9. 1957: Jehovas Zeugen, Versammlung Frankfurt/Main-Ost.

73 VR 2992 — 2. 10. 1957: Kartographischer Verein Quax.

73 VR 2993 — 3. 10. 1957: Goethe-Loge I. O. O. F.

73 VR 2994 — 11. 10. 1957: Deutsche Bunsen-Gesellschaft für physikalische Chemie.

73 VR 2995 — 21. 10. 1957: Vereinigung ehemaliger Bundesfachschüler des Bandagisten- und Orthopädiemechaniker-Handwerks.

73 VR 2996 — 21. 10. 1957: Gemeinnützige Gesellschaft für Jugendfreizeit.

73 VR 2997 — 21. 10. 1957: Deutsches Godenwerk (DG).

73 VR 2998 — 28. 10. 1957: Eltern- und Fördererkreis des Stammes der Wickinger im Bund Deutscher Pfadfinder.

Frankfurt (Main), 4. 11. 1957

Amtsgericht, Abt. 73

3258**Neueintragung**

VR 118: Verein zur Betreuung deutscher Kinder im Ausland nach pädagogischen Richtlinien (Deutsche Auslandsheimschule) e. V., Friedberg (Hessen).

Friedberg (Hessen), 16. 10. 1957

Amtsgericht

3259**Neueintragung**

2 VR 311: Männerturnverein/Turnverein 1846 c. R.: Sitz des Vereins ist Gießen. Der Verein wurde durch Zusammenschluß der beiden Vereine, Turnverein 1846 c. R. und Männerturnverein 1885 gebildet.

Gießen, 10. 8. 1957

Amtsgericht

3260**Neueintragung**

4 VR 207: Trägerverband Jugendheim Bieber e. V. in Hanau a. M.

Hanau (Main), 18. 10. 1957

Amtsgericht

3261

VR 122: Gewerbeverein Urberach e. V. gegr. 1956 in Urberach.

Langen, 12. 9. 1957

Amtsgericht

3262**Liquidation**

Als Liquidatoren des katholischen Gesellenvereins e. V. in Dieburg machen wir die Auflösung des Vereins bekannt und ersuchen die Gläubiger, etwaige Ansprüche bei uns anzumelden.

Der Verein besteht als Kolpingsfamilie Dieburg weiter.

Dieburg, 1. 11. 1957

Johannes Herrmann Catta,

Dieburg, Steinstraße

Johann Adam Wilhelm Wick,

Dieburg, Altstadt

3263**Vergleiche-Konkurse****Beschluß:**

2 N 7/55: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Bartschat, Inhaber der Firma Bartschat & Co. in Wrexen i. Waldeck wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Arolsen, 31. 10. 1957

Amtsgericht

3264

6 N 40/56 — Konkursverfahren Firma Verlag „Das blaue Blatt“ G.m.b.H. in Darmstadt, Rheinstraße 94.

Beschuß: 1. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 200,— DM festgesetzt, seine Auslagen werden auf 30,— Deutsche Mark festgesetzt. 2. Termin zur Gläubigerversammlung wird anberaumt auf Freitag, den 22. November 1957, vorm. 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 510. Tagesordnung: 1. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen. 2. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters. 3. Anhörung über die Einstellung des Verfahrens mangels Masse.

Darmstadt, 28. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 6

3265

6 N 7/57 — Beschluß: Über den Nachlaß des am 12. April 1957 in München verstorbenen, zuletzt in Eschwege, Niederrhoner Landstraße 11, wohnhaft gewesenen Kaufmanns und Fabrikanten Wolfgang Hartdegen wird heute, am 30. Oktober 1957, 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursforderungen sind bis zum 25. November 1957 beim Gericht zweifach anzumelden. Der Rechtsanwalt Groeber in Eschwege wird zum Konkursverwalter ernannt. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, 12. Dezember 1957, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 4. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner (bzw. die Erben) verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 25. November 1957 anzeigen.

Eschwege, 30. 10. 1957 Amtsgericht, Abt. II

3266

81 VN 23/57 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des Kaufmannes Friedrich Karl Rohrbach, Alleininhabers der Firma Gustav Rohrbach, Auto-Ausrüstung-Ersatzteile und Werkzeug-Großhandel, Frankfurt/Main, Mainzer Landstraße 179/181, wird heute, am 30. Oktober 1957, 9.30 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Heinz Deutscher, Frankfurt/Main, Rathenauplatz 8, Tel. 2 54 86,

wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Zu Mitgliedern des Gläubigerbeirats werden bestellt die Herren: Georg Trenn, Frankfurt/Main, Letzter Hasenpfad 14, Heinrich Ermold i. Fa. Deutsche Dunlop AG., Hanau/Main, Walter Strack i. Fa. Veith-Gummiwerke AG., Höchst-Sandbach/Odw., Hans Alshut, Frankfurt/Main, Weserstraße 49, Hans Karisch, Frankfurt/Main, Kölner Str. Nr. 80. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 10. Dezember 1957, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, anberaumt. Der Termin findet in der Getreidebörse im Börsengebäude, Eingang Börsenplatz 2 statt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen bis zur Eröffnung sind mit dem errechneten Betrag anzumelden. Das allgemeine Veräußerungsverbot wird aufrecht erhalten. Der Eröffnungsantrag mit seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen können bei dem Gericht eingesehen werden.

Frankfurt (Main), 30. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 8

3267

81 VN 25/57 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des Bauunternehmers Ludwig Wilhelm Ermold, Frankfurt/Main, Melemstraße 6, Inhabers der Bauunternehmung L. W. Ermold, Frankfurt/Main - Höchst, Silostraße o. Nr., wird heute, am 29. Oktober 1957, 10.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Dr. Heinz-Otto Beer, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 93, Tel. 77 45 08, wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 6. Dezember 1957, 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, Zimmer 337, anberaumt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen bis zur Eröffnung sind mit dem errechneten Betrag anzumelden. Der Eröffnungsantrag mit seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen können bei dem Gericht eingesehen werden.

Frankfurt (Main), 29. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 81

3268**Beschluß**

81 N 126/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Helene Ungefer geb. Bals in Frankfurt (M), Wildunger Straße 19, Inhaberin des Einzelhandelsgeschäftes H. Bals, Glas — Porzellan — Hausrat, Frankfurt (M), Kaiserstraße 72, wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin auf den 6. Dezember 1957, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M), Gebäude B, Zimmer Nr. 337, anberaumt. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf DM 2000,—, die Auslagen sind auf DM 31,45 festgesetzt.

Frankfurt (Main), 17. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 81

3269**Beschluß**

81 N 62/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Elfriede Körber, Frankfurt (M), Reuterweg Nr. 69, wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Anhörung über die Festsetzung der Vergütung und Auslagen für die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin auf den 6. Dezember 1957, 10.00 Uhr, Zimmer 337, Gerichtsgebäude B, anberaumt. Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: die Vergütung auf DM 200,—, die Auslagen auf DM 78,20.

Frankfurt (Main), 22. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 81

3270

81 N 62/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Elfriede Körber, Frankfurt (Main), Reuterweg 69, soll lt. Beschluß des Amtsgerichts Frankfurt (Main) die Schlußverteilung erfolgen.

Die Summe der Forderungen beträgt: bevorrechtigte Gläubiger DM 1443,95, gewöhnliche Konkursgläubiger DM 13 979,38, der verfügbare Massebestand dagegen DM 566,65.

Frankfurt (Main), 31. 10. 1957

Der Konkursverwalter

Armin Heim, vereid. Bücherrevisor

3271**Beschluß**

81 N 135/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Siegfried Schapira, Frankfurt/Main, Mainzer Landstraße 101, Inhaber eines Radiovertriebsgeschäfts, früher der Firma „Das billige Warenhaus“, Frankfurt/Main, Zeil Nr. 87-89, und Filialen in Frankfurt/Main, Mainzer Landstraße 101, Rüsselsheim und Friedberg, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Anhörung über die Festsetzung der Vergütung und der Auslagen für die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin auf den 13. 12. 1957, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 15. 11. 1957, 12.00 Uhr, jeweils Zimmer 337, Gerichtsgebäude B, anberaumt. Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Die Vergütung auf 7000,— DM, die Auslagen auf 478,22 DM.

Frankfurt (Main), 23. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 81

3272**Beschluß:**

2 N 2/56: In dem Nachlaßkonkursverfahren über das Vermögen des Gottfried Federlein, zuletzt wohnhaft gewesen in Geinsheim, Oberrasse 17, wird das Verfahren nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Groß-Gerau, 1. 11. 1957

Amtsgericht

3273**Beschluß**

81 N 369/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Erika Riedel, Frankfurt/Main - Rödelheim, Fuchstanzstraße 30, Frankfurter Pelzmoden, mit Filialbetrieben in Köln, Friesengasse 12, in Würzburg, Semmelgasse 9, und in München, Leopoldstraße, Rialto-Haus, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen anberaumt auf den 16. November 1957, 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Zimmer 137, Gebäude B.

Frankfurt (Main), 18. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 81

3274**Beschluß**

81 N 86/52: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Westdeutschen Speditionsges.m.b.H., Grommisch u. Neitsch, Frankfurt (M), Münchener Straße 7, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt. Für den früheren Konkursverwalter, Rechtsanwalt Röhm, ist die Vergütung auf DM 500,— festgesetzt.

Frankfurt (Main), 26. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 81

3275**Beschluß**

4 N 8/49: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Fritz Schröder, Großauheim, Hauptstr. 11, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Hanau (Main), 25. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 4

3276**Beschluß**

4 N 33/54: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinz W. Rothe in Hanau, Türkische Gärten Nr. 11, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Hanau (Main), 25. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 4

3277

Im Konkursverfahren über den Nachlaß des am 25. 3. 1955 verstorbenen Dipl.-Ing. Viktor Keil, Inhaber der eingetragenen Firma Dipl.-Ing. Viktor Keil, Hoch- und Tiefbau — Eisenbetonbau, Kassel, Zwehrener Weg 54, soll die Schlußverteilung erfolgen. Verfügbar sind noch 6826,— DM, nachdem die Gläubiger der Klasse I mit 11 806,19 DM bereits befriedigt worden sind. Der Betrag von 6826,— DM entfällt auf die Gläubiger der Klasse II mit einer Quote von 69,70%. Alle übrigen Gläubiger mit Forderungen im Gesamtbetrag von 92 199,35 DM erhalten nichts. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel Abteilung 17 niedergelegt.

Kassel, 21. 10. 1957

Der Konkursverwalter
Rechtsanwalt Dr. Nelz**3278**

4 N 14/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Karl Gruner, Hanau-Kesselstadt, Salisweg 9, wird Schlußtermin auf den 4. Dezember 1957, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 13, bestimmt. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und der Prüfung nachgemeldeter Forderungen. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 475,— DM, seine Auslagen auf 45,— DM festgesetzt.

Hanau (Main), 26. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 4

3279

N 6/57 — Anschlußkonkurs: Der Beschluß vom 18. 10. 1957, durch den das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gastwirts und Bierverlegers Louis Bracht, Korbach, Lengefelderstraße 5, eingestellt und das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Schuldners eröffnet worden ist, ist am 26. 10. 1957 rechtskräftig geworden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Reerink, Korbach. Anmeldefrist für Konkursforderungen bis zum 25. 11. 1957 beim Amtsgericht, (2fach). Wahltermin und Beschlußfassung über Anträge gemäß § 132 KO und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am 30. 11. 1957, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer Nr. 5. Offener Arrest ist angeordnet. Anzeigefrist bis 20. 11. 1957.

Korbach, 29. 10. 1957

Amtsgericht

3280**Beschluß**

VN 2/57: Der Wilhelm Frank III. in Ober-Seibertenrod, Kreis Alsfeld (Hessen), Inhaber des handelsgerichtlich nicht eingetragenen Baugeschäftes Wilhelm Frank III. hat durch einen am 28. Oktober 1957 bei Gericht eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der VO wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. jur. H. Heerdt in Alsfeld (Hessen) zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Ulrichstein, 29. 10. 1957

Amtsgericht (Z)

3281

62 N 59/57: Über das Vermögen des Spediteurs Adolf Daut sen. in Wiesbaden, Neugasse 5, gesetzlich vertreten durch seinen Vormund, Rechtsanwalt Dr. Strassberger in Wiesbaden, Adolfstraße 12, wird heute, am 28. Oktober 1957, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Kinkel in Wiesbaden, Rheinstr. 49. Anmeldefrist (2 Stück) bis zum 22. November 1957. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 28. November 1957, 9.00 Uhr, Zimmer 240. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 22. November 1957.

Wiesbaden, 28. 10. 1957

Amtsgericht

3282

62 N 41/51: Das Anschlußkonkursverfahren betr. die Firma Kurt Pfister, Lebensmittelgroßhandlung, und des persönlich haftenden Gesellschafters Kurt Pfister in Wiesbaden, Marktplatz 7, wird nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.

Wiesbaden, 25. 10. 1957

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, als bald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3283

2 K 4/57 — Beschluß: Die im Grundbuch von Arolsen Band 25 Blatt 744 eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 1 Gemarkung Arolsen Flur 1 Flurstück 409 Lieg.-B. 802 Geb.-B. 282 Gartenland, Wetterburger Straße, 9,16 Ar; lfd. Nr. 2 Gemarkung Arolsen Flur 1 Flurstück 410/1 Hof- und Gebäudefläche (282), Wetterburger Straße 28, 17,95 Ar; lfd. Nr. 3 Gemarkung Arolsen Flur 1 Flurstück 392/1 Gartenland, am Driesch, 9,41 Ar; lfd. Nr. 4, Gemarkung Arolsen, Flur 1 Flurstück 391/1 Gartenland, am Driesch, 7,77 Ar, sollen am 10. Januar 1958, 15.30 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 13. Februar 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heilpraktiker Leonhard Paschke in Arolsen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: Grundstück lfd. Nr. 1: 3333,— DM, Grundstück lfd. Nr. 2: 87 158,— DM, Grundstück lfd. Nr. 3: 1890,— DM, Grundstück lfd. Nr. 4: 1560,— DM. Gegen diese Festsetzung können die am Verfahren Beteiligten binnen 2 Wochen nach Zustellung der Bekanntmachung die sofortige Beschwerde erheben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 31. 10. 1957.

Amtsgericht

3284

6 K 3/55 — Beschluß: Das im Grundbuch von Weisskirchen Band 20 Blatt 478 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 5 Weisskirchen Flur 2 Flurstück 69/2 Lieg.-B. 756 Geb.-B. 86 Hof- und Gebäudefläche Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße 3, 8,70 Ar, soll am 18. Januar 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße Nr. 20, Zimmer Nr. 28, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 5. März 1955 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Josef Andreas Reul, Weisskirchen. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 8000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Homburg v. d. H., 7. 9. 1957

Amtsgericht

3285

K 6/54: Das im Erbbaugrundbuch von Büdesheim Band 13 Blatt 740 eingetragene Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch für Büdesheim Band III Blatt 179 unter der lfd. Nr. 23 verzeichneten Grundstücks Gemarkung Büdesheim Flur 13 Flurstück 92/10, Lieg.-B. 622 Geb.-B. 666 Hof- und Gebäudefläche an der Turnhalle Nr. 11-7, 26 Ar, in Abt. II unter Nr. 3 C F auf die Dauer von 99 Jahren, endend mit dem 31. März 2052 seit dem Tage der Eintragung dem 7. Aug. 1953. Als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist die Evangelische Kirche in Büdesheim eingetragen, — Einheitswert: 1000,— DM. Ortsgerichtliche Schätzung: 24 000,— DM — soll am 9. Januar 1958, 15 Uhr, in der Bürgermeisterei von Büdesheim zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Erbbauberechtigte am 8. 12. 1954 (Tag des Versteigerungsvermerks): Herbert Duda und Luise Duda geb. Stiller zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Vilbel, 29. 10. 1957

Amtsgericht

3286

K 5/57 — Beschluß: Das im Grundbuch von Waltersbrück Band XIV Blatt 341 eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 2 Gemarkung Waltersbrück Flur 5 Flurstück 12 bebauter Hofraum im Dorfe 0,76 Ar, soll am 19. Dezember 1957, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude Borken, Bez. Kassel, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 25. März 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks) waren: 1. der Arbeiter Konrad Keim II in Waltersbrück; 2. dessen Ehefrau Martha, geb. Keim in Waltersbrück, je zur ideellen Hälfte. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6350,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Borken (Bez. Kassel), 28. 10. 1957

Amtsgericht

3287

6 K 30/57 — Beschluß: Das im Grundbuch von Darmstadt Bezirk II Bd. 21 Blatt 1229 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1 Flur 2 Nr. 1057 Hof- und Gebäudefläche Heinheimerstraße 20, 3,90 Ar, — Betrag der Schätzung: 52 100,— DM, soll am Samstag, den 21. Dezember 1957, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz Nr. 12, Zimmer Nr. 418, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 26. Sept. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Katharina Stekly geb. Valter, Ehefrau des Obergärtners Franz Stekly in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 29. 10. 1957

Amtsgericht

3288

84 K 75/57: Das im Grundbuch von Frankfurt (M), Bezirk Ginnheim, Band 53 Blatt 1966 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Ginnheim, Flur 2, Flurstück 87/4, Gebäudefläche, 0,30 Ar Grünland, 15,98 Ar, Auf der Schloßhecke, Größe: 16,28 Ar, soll am 8. Januar 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstr. Nr. 2, Zimmer 337, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 20. Sept. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Selma Kinitz geb. Reschke in Frankfurt (Main). Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2492,— DM. Das Behelfsheim auf dem Grundstück ist niedergelegt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 26. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 84

3289

7 K 11/57 — Beschluß: Die im Grundbuch von Muschenheim Band 14 Blatt 459 eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 2 Gemarkung Muschenheim Fl. 1 Flurstück 315/5 Lieg.-B. 478 Geb.-B. 254 Hof- u. Gebäudefläche Klosterweg 14, 10,12 Ar; lfd. Nr. 4 Gemarkung Muschenheim Flur 1 Flurstück 317/43 Lieg.-B. 478 Ackerland am Klosterweg 14,52 Ar, sollen am 14. Januar 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 101, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 1. April 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ilse Schmidt geb. Engeland, Ehefrau des Kaufmanns Karl Schmidt in Muschenheim. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt bezüglich Fl. 1 Nr. 315/5 auf 25 000,— DM, Fl. 1 Nr. 317/43 auf 2200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 24. 10. 1957

Amtsgericht

3290

84 K 53/57: Das im Grundbuch von Frankfurt (Main) Bezirk 25 Band 40 Blatt 1553 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 366, Flurstück 90/12, Hof- und Gebäudefläche Sandweg 60, 3,39 Ar, Wert 115 000,— DM, soll am 11. Dezember 1957, 9,30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 337, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 14. Mai 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Heinz Friedrich Hendler, Frankfurt (M), und Bauingenieur Karl Krämer, Frankfurt (M), je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 25. 10. 1957

Amtsgericht, Abt. 84

3291

K 13/56: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Homberg Band 31 Blatt 919 eingetragenen Grundstücke Flur 12 Flurstück 6, Hofraum, Westheimerstraße, 0,14 Ar und Flur 12 Flurstück 7/2, Hof- und Gebäudefläche, Westheimerstraße Nr. 22, 9,38 Ar, am 21. Januar 1958, 9 Uhr, an Gerichtsstelle, Amtsgericht Homberg, Bez. Kassel, Obertorstraße Nr. 9, Sitzungssaal, versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 5. November 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Heinrich Wagner und dessen Ehefrau Anna Wagner geb. Bender in Homberg — je zur Hälfte —. Der Wert der Grundstücke ist auf 60 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Homberg (Bez. Kassel), 31. 10. 1957

Amtsgericht

3292

2 K 29/57: Die Zwangsversteigerung der im Grundbuch von Falkenstein/Taunus Band 6 Blatt 222 eingetragenen Grundstücke Nr. 3 Gemarkung Falkenstein Flur 7 Flurstück 289/188; Nr. 4 Gemarkung Falkenstein Flur 7 Flurstück 409/185 sollen am 4. Dezember 1957, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstein/Ts. zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 27. Sept. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Adolf Schmahl, b) dessen Ehefrau Johanna Maria Schmahl geb. Liebener zu Frankfurt a. Main, als Miteigentümer kraft Errungenschaftsgemeinschaft. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 9000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Königstein (Taunus), 1. 11. 1957 Amtsgericht

3293

7 K 38/56 — Beschluß: Die im Grundbuch von Lampertheim Band 33 Blatt 2358 eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 1 Gemarkung Lampertheim Flur 19 Flurstück 16 Hof- u. Gebäudefläche, Römerstraße 76-78, 7,95 Ar; lfd. Nr. 2 Gemarkung Lampertheim Flur 18 Flurstück 295 Gartenland, (Obstbaumstück), die Krautgärten, 19,29 Ar, sollen am Mittwoch, den 8. Januar 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Lampertheim, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 28. Sept. 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Alwin Richard Nitzsche, Kaufmann in Lampertheim. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt werden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Lampertheim, 2. 11. 1957 Amtsgericht

3294

K 11/57: Die im Grundbuch von Langendiebach Band 81 Blatt 2465 eingetragenen Grundstücke Nr. 7 Gemarkung Langendiebach Flur 23 Flurstück 259/87; Nr. 8 Gemarkung Langendiebach Flur 23 Flurstück 256/91; Nr. 9 Gemarkung Langendiebach Flur 23 Flurstück 260/88, sollen am 23. 12. 1957, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Langenselbold, Steinweg 13, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 23. 5. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Autoschlosser Johann Frischkorn, Langendiebach, Hanauer Straße 3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Langenselbold, 31. 10. 1957 Amtsgericht

3295

K 9/57: Das im Grundbuch von Eichenrod Band 3 Blatt 90 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1 Flur 2 Nr. 15/21 Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße 4, 7,99 Ar, soll am 28. Januar 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Herbstein/H., Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 5. Oktober 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrzeugelektriker Hugo Weis in Eichenrod. Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a ZVG auf 27 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Lauterbach (Hessen), 24. 10. 1957

Amtsgericht

3296

K 12/57 — Beschluß: Das im Grundbuch von Guxhagen Band 16, Blatt 545 eingetragene Grundstück — Gemarkung Guxhagen — lfd. Nr. 1, Flur 8, Flurstück 55/1

Hof- und Gebäudefläche Untergasse 4 = 3,06 Ar, soll am 12. Dezember 1957, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Melsungen, Kasseler Str. 29, Zimmer Nr. 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. September 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinrich Konrad Brandenstein und Ehefrau Katharina Raymann geb. Brandenstein in Guxhagen je zur Hälfte. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 14 650,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Melsungen, 27. 9. 1957

Amtsgericht

3297

K 1/57 — Beschluß: Die im Grundbuch von Froschhausen Band 9 Blatt 671, Gemarkung Froschhausen, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 3 Fl. 5 Flst. 390/4 Bauplatz, Schäferstraße 9, 4,32 Ar, Wert 1300,— DM; lfd. Nr. 6 Fl. 5 Flst. 390/3 Bauplatz, Schäferstraße 11, 4,53 Ar, Wert 30 700,— DM, sollen am Mittwoch, den 22. Januar 1958, 9,00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Klosterhof 2, Zimmer Nr. 3, durch Zwangsvollstreckung und zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 28. Januar 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Andreas Malsy II., Zuschneider und dessen Ehefrau Maria Malsy geb. Sticksel, je zu 1/2. Der Wert der Grundstücke wurde durch Beschluß vom 28. 9. 1957 nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt (Hessen), 30. 10. 1957

Amtsgericht

3298

K 12/57 — Beschluß: Die im Grundbuch von Zellhausen, Gemarkung Zellhausen, Band 16 Blatt 1123, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 1 Fl. 2 Flst. 348 Ackerland, dritte Wingertsgewann, 7,44 Ar, Wert 111,60 DM; lfd. Nr. 2 Fl. 2 Flst. 706 Ackerland, auf dem Buchenlohweg, 13,94 Ar, 209,10 DM; lfd. Nr. 4 Fl. 7 Flst. 24/1 Ackerland, Strehlgewann, 18,62 Ar, 573,— DM; lfd. Nr. 5 Fl. 6 Flst. 24 Grünland, Schmalwiesen, 10,63 Ar, 106,30 DM, sollen am 29. Januar 1958, 9,00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Klosterhof 2, Zimmer Nr. 3 — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 5. Juni 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Karl August Disser, Mainaschaff bei Aschaffenburg. Der Wert der Grundstücke wurde durch Beschluß des Landgerichts — 5. Ziv.K — in Darmstadt vom 5. 8. 1957 nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt, 30. 10. 1957

Amtsgericht

3299

K 14/57 — Beschluß: Die im Grundbuch von Babenhausen Band 4 Blatt 247, Gemarkung Babenhausen, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 1 Fl. 1 Flst. 752 1/10 Hofreite, die Lachengärten am Ziegelweg, 2,55 Ar, Wert 13 278,— DM; lfd. Nr. 4 Fl. 7 Flst. 276 Acker, am alten Frankfurter Weg, 15,37 Ar, Wert 92,22 DM, sollen am Mittwoch, den 5. Februar 1958, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Klosterhof 2, Zimmer Nr. 3, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 4. Juni 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Auguste Ida Eckert geb. März, Ehefrau des Schlossers Herbert Fritz Eckert. Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt durch Beschluß vom 3. 9. 1957.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen,

Seligenstadt (Hessen), 30. 10. 1957.

Amtsgericht

3300

6 K 37/57: Die im Grundbuch von Krofdorf-Gleiberg Band 48 Blatt 1705 A auf den Namen des Albert Laucht, Krofdorf-Gleiberg eingetragenen ideellen Hälften an den Grundstücken: lfd. Nr. 1, Flur 9 Flurstück 1398/1007, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 12, 2,20 Ar; lfd. Nr. 2, Flur 19 Flurstück 2/1, Ackerland, am Eselsweg, 16,40 Ar, sollen am 4. Januar 1958, vormittags 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 17. 8. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Sattlermeister Albert Laucht, b) dessen Ehefrau Susanne geb. Völkel, beide Krofdorf-Gleiberg — zu je 1/2 —. Festgesetzte Werte der ganzen Grundstücke gemäß § 74a Abs. 5 ZVG: für lfd. Nr. 1: 5500,— DM, für lfd. Nr. 2: 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen,

Wetzlar, 26. 10. 1957

Amtsgericht

3301

6 K 21/57: Die im Grundbuch von Krofdorf-Gleiberg Band 46 Blatt 1624 eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 1 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 22 Flurstück 254/3, Ackerland, in den Krummäckern 34,15 Ar (1000,— DM); lfd. Nr. 2 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 16 Flurstück 69/40, Grünland, die Scheuergärten 4,26 Ar (200,— DM); lfd. Nr. 4 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 22 Flurstück 251/203, Grünland, die Schupbachtrischer 4,97 Ar (200,— DM); lfd. Nr. 5 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 9 Flurstück 1039/2, Hof- u. Gebäudefläche, Froschgasse 5 1,86 Ar — und lfd. Nr. 6 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 9 Flurstück 1050, Gartenland, daselbst 1.12 Ar; (5 u. 6: 4600,— DM); lfd. Nr. 7 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 20, Flurstück 74, Ackerland, oben auf dem Steintück 18,67 Ar (400,— DM); lfd. Nr. 8 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 17 Flurstück 76, Grünland, die Haingärten 4,65

Ar (200,— DM); lfd. Nr. 9 Gemarkung Krofdorf-Gleiberg Flur 28 Flurstück 88, Ackerland, am Augarten 12,73 Ar (500,— DM), sollen am 4. Januar 1958, vorm. 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 5. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinrich Damm, Maßschneider, Krofdorf-Gleiberg. Festgesetzter Wert der Grundstücke gemäß § 74a Abs. 5 ZVG: wie vorstehend bei den einzelnen Grundstücken in () angegeben. Gebote werden im Versteigerungstermin nur von solchen Bietern zugelassen, die eine Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes in Wetzlar vorlegen. Diese Genehmigung muß mindestens 10 Tage vor dem Versteigerungstermin bei dem Landwirtschaftsamt beantragt werden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 28. 10. 1957

Amtsgericht

3302

61 K 47/57: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 23. Dezember 1957, 9.45 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden das im Grundbuche von Sonnenberg Band 55 — Blatt 1509 (eingetragene Eigentümer am 26. August 1957, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Bankbeamter Friedrich Schlosser und dessen Ehefrau Else geb. Schwein zu Wiesbaden-Sonnenberg zu je 1/2) eingetragene Grundstück lfd. Nr. 4, Flur 5, Flurstück 371/106, Hofraum Platter Straße, 3,95 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 29. 10. 1957

Amtsgericht

3303

61 K 38/57: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 23. Dezember 1957, 9.45 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden das im Grundbuche von Sonnenberg Band 55 — Blatt 1509, (eingetragene Eigentümer am 26. August 1957, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Bankbeamter Friedrich Schlosser und dessen Ehefrau Else geb. Schwein zu Wiesbaden-Sonnenberg, zu je 1/2 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 4, Flur 5, Flurstück 371/106, Hofraum Platter Straße, 3,95 Ar, und zwar nur die der Erbengemeinschaft hinter dem Bankbeamten Friedrich Schlosser gehörende Eigentumshälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 29. 10. 1957

Amtsgericht

3304

61 K 41/57: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen am 13. Januar 1958, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zim-

mer 250, versteigert werden die im Grundbuche von Naurod Band 40 — Blatt 903 Auringen Band 17 — Blatt 359 (eingetragene Eigentümer am 9. August 1957, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) des Schneiders Ludwig Dörr sowie zweite Ehefrau Lina geb. Ohl in Naurod — zu 1/2 — b) die Erben des Schneiders Ludwig Dörr: 1) die Witwe Karoline Philippine Dörr geb. Ohl in Naurod; 2) Schneider Ernst Dörr in Naurod; 3) Ehefrau des Schriftsetzers Christian Dorn, Lydia geb. Dörr in Naurod — in ungeteilter Erbengemeinschaft zu 1/2) eingetragenen Grundstücke

zu Naurod Band 40, Blatt 903

Flur 10, Flurstück 1828, Grünland in der Dörrwies 2,97 Ar, Flur 10, Flurstück 1789, Grünland in der Dörrwies 2,50 Ar, Flur 31, Flurstück 238/4840, Hof- u. Gebäudefläche Bremthaler Straße 25 7,14 Ar, Flur 46, Flurstück 239/67, Ackerland die Pflanzenländer 1,10 Ar, Flur 23, Flurstück 37/3344, Ackerland (Obstbau) auf dem Ruh-Wehr links dem Niedernhäuser Weg 10,88 Ar,

zu Auringen Band 17 Blatt 359

Flur 17, Flurstück 35, Ackerland (Obstb.) Bauwald 8. Gew. 12,50 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 29. 10. 1957

Amtsgericht

3305

61 K 39/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen Band 105 — Blatt 1574 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 23. Dezember 1957, 9.15 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden:

Lfd. Nr. 1, Flur 115, Flurstück 147/59, Hof- und Gebäudefläche Adelheidstraße 17, 12,31 Ar groß. Der Versteigerungsvermerk ist am 9. August 1957 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Kaufmann Hermann Pfeifer in Wiesbaden eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 29. 10. 1957

Amtsgericht

Anzeigenschluß

jeden Dienstag um

16 Uhr

für die am darauffolgenden

Samstag erscheinende

Ausgabe des Staats-Anzeiger

NACHTRÄGE

3306**Aufgebote**

6 F 3/57: Der Wäschereibesitzer Willi Schnabel in Gießen-Wieseck, Gießener Straße 164, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Gießen-Wieseck Band 55 Blatt 3140 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Aufwertungshypothek von 747,96 Feingoldmark beantragt.

dert, spätestens in dem auf

den 14. März 1958, vormittags 11.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 106, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen.

Gießen, 31. 10. 1957

Amtsgericht

3307**Vergleiche — Konkurse****Beschluß**

1 VN 2/57: Die Papierverarbeitung Elca Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Oberursel i. Ts., Weilstraße Nr. 8, hat durch einen am 4. 11. 1957, 10 Uhr, eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der VerglO wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. Brandstädter in Bad Homburg v. d. H., Luisenstr. Nr. 89, Telefon Nr. 3593, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Bad Homburg v. d. H., 4. 11. 1957

Amtsgericht

3308**Beschluß**

1 VN 1/57: Der Kaufmann Hermann Franke, Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Firma Hermann Franke in Oberursel i. Ts., Untere Hainstr. 22, hat durch einen am 1. 11. 1957 um 13.30 Uhr eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen — Liquidationsvergleich — beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Industriekaufmann Helmut Burghardt in Frankfurt a. Main, Adalbertstr. 13, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Bad Homburg v. d. H., 2. 11. 1957

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften**3309****Bekanntmachung**

Planfeststellung für den Um- und Ausbau der Bundesstraße 252 zwischen Ernsthausen u. Frankenberg zwischen km 20,009 u. 23,828

Beschluß:

Die vom Hess. Straßenbauamt Marburg am 31. 1., 9. 2. und 8. 4. 1957 aufgestellten Pläne für den Um- und Ausbau der Bundesstraße 252 zwischen Ernsthausen und Frankenberg zwischen km 20,009 und km 23,828 werden hiermit gemäß §§ 17/18 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) für den Bauabschnitt von Bau-km 0,09 bis Bau-km 3,657 festgestellt.

Auf den Einspruch der Forstverwaltung, Forstamt Wolkersdorf, bleibt der Anschluß der Schneisen nördlich der Bundesstraße bei Bau-km 1,380 und 1,465 erhalten und wird der Anschluß bei Bau-km 0,740 nach Bau-km 0,610 verlegt.

Im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt Kassel wird anstelle des wegfallenden Durchlasses bei Altkm 23,6 die Vorflut für den vorhandenen Wegeseitengraben zur neuen Straße hergestellt. Soweit Rohrdurchlässe besonders verlegt werden, sollen sie mit 80 cm Ø ausgeführt werden.

Gegen diesen Beschluß kann Einspruch beim Hessischen Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden, Frankfurter Straße 8/12, innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses oder in Ermangelung einer Zustellung, gerechnet vom Tage der Veröffentlichung, eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten; die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 26. 10. 1957

Hessisches Landesamt für Straßenbau
Kind, Oberreg.-Baudirektor
L/783-61k-04-03-

3310**Bekanntmachung**

Planfeststellung für den frostsicheren Ausbau der Bundesstraße 251 zwischen Neerdar und Usseln von km 32,740 — km 33,350 und von km 33,700 — km 34,660

Beschluß:

Die vom Hess. Straßenbauamt Arolsen am 25. 6. 56/25. 7. 57 aufgestellten Pläne für den frostsicheren Ausbau der Bundesstraße Nr. 251 zwischen Neerdar und Usseln von km 32,740 — km 33,350 und von km 33,700 — km 34,660 werden hiermit gemäß §§ 17/18 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) mit der Maßgabe festgestellt, daß die Gradienten der Bundesstraße nach dem Ausbau bei Baukilometer 0,8 + 31,10 statt 45 cm nur 13 cm über der bisherigen Gradienten verlaufen soll. Die durch Anpassung der Einmündung der Landstraße II. Ordnung Nr. 61 an die veränderte Bundesstraße entstehenden Kosten sind gemäß § 12 Abs. 3 FStrG. im Verhältnis der Fahrbahnbreiten in der Weise zu teilen, daß der Träger der Straßenbaulast der Bundesstraße 13/17, der Träger der Straßenbaulast der Landstraße II. Ordnung 4/17 trägt.

Gegen diesen Beschluß kann Einspruch beim Hessischen Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden, Frankfurter Straße 8/12, innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses oder in Ermangelung einer Zustellung, gerechnet vom Tage der Veröffentlichung, eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten; die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 26. 10. 1957

Hessisches Landesamt für Straßenbau
Kind, Oberreg.-Baudirektor
L/783-61k-04-03-

3311

Bekanntmachung

über die Neufestsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Darmstadt auf Grund des § 6 des Gesetzes zur vorläufigen Neuordnung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1071)

Der nach § 933 Absatz 1 RVO in Verbindung mit der Verordnung über Ortslöhne und Jahresarbeitsverdienste in der Sozialversicherung vom 9. August 1950 (BGBl. 1950 S. 369) bei der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Darmstadt gebildete Ausschuss hat in seiner Sitzung am 2. Oktober 1957 in Eltville gemäß § 6 des Gesetzes zur vorläufigen Neuordnung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1071) über die Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste in der Land- und Forstwirtschaft folgenden Beschluss gefasst:

I. Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes nach dem tatsächlichen Arbeitsentgelt (§ 940 Abs. 1 RVO)

Für folgende Versicherte ist der Jahresarbeitsverdienst nach den §§ 563, 565, 566 RVO zu berechnen, soweit die Versicherten nicht zu den im Abschnitt II aufgeführten Gruppen von Versicherten gehören:

A. Auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses beschäftigte Personen (§ 537 Nr. 1 RVO) — männlich und weiblich —:

1. In sämtlichen Arten von Unternehmen:

Die Angestellten (z. B. Betriebsleiter, Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung, Büroangestellte) sowie die Lehrlinge, die sich in einer geregelten Ausbildung zu einem dieser Berufe befinden.

2. In den landw. Unternehmen in dem Sinne des § 915, Abs. 1 a RVO (Land- und Forstwirtschaft, Weinbau, Binnenfischerei und Imkerei) sowie in Viehhaltungsbetrieben, Vattertierhaltungen zu Zuchtzwecken und Köhlereien einschl. der Bestandteile der Unternehmen und ihrer Nebenbetriebe:

- die Meister der Meisterberufe (z. B. Landwirtschaftsmeister, Melker-, Schäfer-, Schweine-, Fischer-, Fischzucht-, Gutshandwerks-, Gärtnerei-, Winzermeister; Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft),
- die geprüften Gehilfen der Meisterberufe (vgl. a)
- Vorarbeiter (z. B. Hofmeister, Aufseher, Vögte, Haumeister), Facharbeiter (z. B. Gespann- oder Treckerführer, Weinberg-facharbeiter, Waldfacharbeiter, Waldfacharbeitergehilfen, ständige Waldarbeiter) und ständige Landarbeiter,
- gewerbliche Arbeiter (z. B. Gutshandwerksgesellen, Kraftwagenführer, gewerbliche Arbeiter in Nebenbetrieben),
- Lehrlinge, die sich in einer geregelten Ausbildung zu einem dieser Berufe befinden.

3. Im Gartenbau, in Jagden, in der Park- und Gartenpflege, bei den nach § 915 Abs. 1 c RVO versicherten Unternehmen, in Schullungseinrichtungen, Lohndreschereien, Kartoffeldämpfkolonnen, Landeskontrollverbänden, Harzgewinnungsbetrieben sowie in den zugeordneten Unternehmen (§ 548 RVO) sämtliche.

B. Die Lernenden während der beruflichen Ausbildung in Schullungseinrichtungen (§ 537 Nr. 11 RVO), soweit es sich um eine Weiterbildung für eine der unter A genannten Tätigkeiten handelt.

II. Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes nach Durchschnittssätzen (§ 934 RVO)

Als Jahresarbeitsverdienste gelten für die nachstehenden Gruppen von Versicherten die bei ihnen angegebenen Durchschnittssätze.

A. Auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses Beschäftigte (§ 537 Nr. 1 RVO):

1. In den landwirtschaftlichen Unternehmen im Sinne des § 915 Abs. 1 aa RVO (Land- und Forstwirtschaft, Garten- und Weinbau, Binnenfischerei und Imkerei) sowie in Viehhaltungsbetrieben, Vattertierhaltungen zu Zuchtzwecken und Köhlereien einschließlich der Bestandteile der Unternehmen und ihrer Nebenbetriebe:

- Unständige Landarbeiter, einschließlich Saisonarbeitskräfte;
- Unständige Waldarbeiter;
- nicht ständig beschäftigte Hausgehilfinnen;
- Sonstige unständige Arbeitskräfte.

2. In Jagden:

Hilfskräfte (z. B. Treiber):

das Dreihundertfache des Ortslohnes des Beschäftigungsortes für Erwachsene.

B. Unternehmer und Ehegatten von Unternehmern (§ 537 Nr. 8 RVO) in sämtlichen Unternehmenszweigen:

Unternehmer — männlich und weiblich —: 2400,— DM

Ehegatten v. Unternehmern: — männl. - weibl. — 2100,— DM

C. Personen, die wie ein nach § 537 Nr. 1 bis 9 RVO Versicherter tätig werden, auch wenn dies nur vorübergehend geschieht (§ 537 Nr. 10 RVO):

1. Verwandte und Verschwägerter des Unternehmers oder seines Ehegatten ohne Arbeitsvertrag:

Das 300fache des Ortslohnes des Beschäftigungsortes, mindestens jedoch des im Bezirk der Berufsgenossenschaft geltenden höchsten Ortslohnes der Ortslohngruppe II

2. Sonstige: — männlich — weiblich 2550,— DM

D. Lernende während der beruflichen Ausbildung in Schullungseinrichtungen (§ 537 Nr. 11 RVO):

Sämtliche, ausgenommen die unter I B Genannten:

männlich — weiblich 2400,— DM

E. Ehrenamtlich Lehrende in Schullungseinrichtungen (§ 537 Nr. 11 RVO): — männlich — weiblich 2400,— DM

Gemeinsame Bestimmungen für die Gruppen II B bis E.

1. Die vorstehend unter II B, C 2, D und E angegebenen Durchschnittssätze ermäßigen sich gemäß § 934 RVO:

für Versicherte, die sich z. Z. des Unfalles noch in einer Schul- oder Berufsausbildung befanden oder z. Z. des Unfalles noch nicht 21 Jahre alt waren

vor Vollendung des 14. Lebensjahres um 50 v. H.

vom vollendeten 14. bis zum vollendeten

17. Lebensjahr um 30 v. H.

vom vollendeten 17. bis zum vollendeten

19. Lebensjahr um 20 v. H.

vom vollendeten 19. bis zum vollendeten

21. Lebensjahr um 10 v. H.

2. Die vorstehend unter II B bis E angegebenen Durchschnittssätze ermäßigen sich gemäß § 934 RVO:

für Versicherte in vorgerücktem Lebensalter, sofern der Jahresarbeitsverdienst nicht nach § 938 RVO gekürzt wird, bei einem Alter

von mehr als 65 Jahren um 25 v. H.

von mehr als 75 Jahren um 50 v. H.

III. Gemeinsame Bestimmungen

A. Für die Einordnung in die Gruppen der Abschnitte I und II ist nicht die Arbeit, bei der sich der Arbeitsunfall ereignet hat, maßgebend, sondern das Beschäftigungsverhältnis,

B. Für die Versicherten der Gruppen II A la—d, II A2, II C, II D und II E, die bei einem Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung anderweit als Unternehmer (§ 537 Nr. 8 RVO) oder in dauernder hauptberuflicher Tätigkeit als Arbeitnehmer (§ 537 Nr. 1 RVO) versichert sind, gilt der für die anderweitige Versicherung maßgebende Jahresarbeitsverdienst an Stelle der für die bezeichneten Gruppen bestimmten Durchschnittssätze, wenn dies für den Versicherten günstiger ist.

IV. Inkrafttreten, Geltungsdauer

Die vorstehenden Bestimmungen gelten für alle Unfälle, die sich in der Zeit vom 1. Januar 1957 an ereignet haben oder ereignen.

Eltville, 2. 10. 1957

Der Vorsitzende des Ausschusses:
gez. Brückel

*

Auf Grund § 933 Abs. 2 RVO in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Bundesversicherungsamtgesetzes vom 9. Mai 1956 — BGBl. I S. 415 — wird der vorstehende Beschluss genehmigt.

Wiesbaden, 19. 10. 1957

Der Hessische Minister für Arbeit,
Wirtschaft und Verkehr
A II 54 1 4230 — 3067/57